IASS STUDY
Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS)
Potsdam, Oktober 2016

Das Wachstums-paradigma im Deutschen Bundestag

Ergebnisse und Fragen aus dem Projekt „Growth in Politics“

Manuel Rivera, Claudia Saalbach, Franziska Zucher und Moritz Mues

IASS POTSDAM

Inhaltsverzeichnis

1. Wozu diese Studie? 4

2. „Growth in Politics“: ein Überblick 7

3. Wirtschaftswachstum im parlamentarischen Diskurs: Zur Funktion eines Dogmas 11

3.1. Methodisches 11
3.2. Wachstum als politischer Selbstzweck 12
3.3. Wachstum als Mantra der Regierung 14
3.4. Wachstum: wenig präsent in Kontrolle und Gesetzgebung 16

4. Meinungsbildung im Bundestag 19

4.1. Wie die MdBs über Wohlstand und Wachstum denken ... 19
4.1.1. Methodisches 19
4.1.2. Reflexivität der MdBs bezüglich Wohlstand und Wachstum 20

4.2. ... und was ihre Mitarbeiter dabei für eine Rolle spielen 25
4.2.1. Methodisches 25
4.2.2. Die Bedeutung der Mitarbeiter im MdB-Büro 26

5. Wie kommt das Neue in die Politik? Reflexivität vs. Reproduktion 33

Literaturverzeichnis 36

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Design der GRIP-Studie 8

Abbildung 2: Wachstum als Zweck oder Mittel von Politik? 13

Abbildung 3: Wachstum als Ziel in verschiedenen parlamentarischen Arenen 14

Abbildung 4: Thematisierung von „Wachstum“ in Anträgen der Fraktionen 17

Abbildung 5: Wohlstandsauffassungen der befragten MdBs nach Partei 22

Abbildung 6: Wohlstandsauffassungen der befragten MdBs nach fachpolitischer Spezialisierung 22

Abbildung 7: Die Parlamentarierinnen im politischen System 24

Abbildung 8: Selbstzugeschriebener Einfluss der Referentinnen auf Abgeordnete 27

Abbildung 9: Wachstumsbezogene Einstellungen der Mitarbeiter nach Parteineigung 29

Abbildung 10: Zustimmung zur Notwendigkeit einer Debatte über alternative Wachstumskonzepte nach Parteineigung 30

Danksagungen

Das Projekt „GRIP“ wäre ohne die Mitwirkung zahlreicher weiterer Wissenschaftler und Studierender nicht zustande gekommen; ihnen danken wir an den entsprechenden Stellen im Text dieser IASS Study. Am meisten jedoch sind wir den aktuellen und ehemaligen Mitgliedern des Deutschen Bundestages verpflichtet, die uns für Interviews und Pre-Tests zur Verfügung standen, sowie den 225 Mitarbeiterinnen aus MdB-Büros, die an unserer schriftlichen Befragung teilgenommen haben. Ihnen ist diese Studie zugeeignet.

1. Wozu diese Studie?

Ob das Wirtschaftswachstum einer nachhaltigen Entwicklung im Wege steht oder zuträglich ist, darüber herrschen unterschiedliche Ansichten. Während die einen das Wirtschaftswachstum, gekoppelt an Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung, im Grundsatzkonflikt mit der Tragfähigkeit des Planeten sehen, stellen andere heraus, dass nur durch mehr wirtschaftliche Leistung Sozial- und Umweltbelange überhaupt adressiert werden können. Zwischen diese Extrempositionen schieben sich zahlreiche vermittelnde, die versuchen, Wachstum zu „qualifizieren" (vgl. Smulders et al. 2014: 424ff., Schmelzer 2015: 268f.). Dabei ist nicht nur in Wissenschaft und Gesellschaft integratives Denken gefragt, sondern auch in der Politik.

Solch integratives Denken wird in funktional differenzierten Gesellschaften durch Spezialisierung und bürokratische Arbeitsteilung nicht unbedingt befördert. Nachhaltige Entwicklung selbst wurde durch das Bild der „drei Säulen" von Ökonomie, Ökologie und Sozialem an die Vereinzelung gesellschaftlicher Bereiche eher angepasst, anstatt sie zu integrieren. „Versäulung" und Spezialistentum kennzeichnen die Funktionssysteme moderner Politik und Verwaltung und befördern eine selektive Problemwahrnehmung (Bogumil und Jann 2009). Sie schränken das individuelle Um- und Weiterdenken ein und befördern dadurch zwar verlässliche Entscheidungsvorgänge (Luhmann 2011: 33, 43), kaum jedoch die reflexive Neupositionierung zu gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen.

Auch der Deutsche Bundestag als ausdifferenziertes Arbeitsparlament bietet einzelnen Abgeordneten wenig Anreize, jenseits ihrer fachlichen Zuständigkeit eine für die parlamentarische Willensbildung relevante, eigene Meinung zu politischen Grundsatzfragen zu entwickeln. Ausschuss-, Arbeitskreis- und Berichterstatterwesen resultieren in einer „fragmentierte Expertenkultur" (Schöne 2010a: 355ff., auch Ismayr 2012: 46) und erschweren damit eine adäquate Thematisierung komplexer Fragestellungen. Außerdem – und hier ist die Idee der „Versäulung" entscheidend zu ergänzen – hemmen parteiinterne Hierarchien sowie ideologische Abgrenzungen zwischen den Parteien den Prozess einer integralen Willensbildung im Deutschen Bundestag. Dieser ist nicht nur Arbeits-, sondern vor allem auch Fraktionenparlament; Kommunikationen scheitern nicht nur zwischen Fachzuständigkeiten, sondern auch zwischen Fraktionsbasis und Fraktionsspitze, sowie erst recht zwischen den Fraktionen selbst (von Oertzen 2006: 100, 285).

Aufgrund ihrer Karrierewege und Handlungsoptionen sind Parlamentarier[1] ihren Parteien mindestens genauso verpflichtet wie dem Wahlvolk (Patzelt 1999: 41f, Best et al. 2011), auch wenn das ihrem eigenen Rollenverständnis häufig widerspricht (Best und Vogel 2012). Zudem bewegen sich Parlamentarierinnen, wie die meisten Menschen, hauptsächlich unter ‚ihresgleichen' (zur immer homogeneren Sozialstruktur und Rekrutierung aus der politischen Elite selbst vgl. Kintz 2014); sie suchen den persönlichen Kontakt zu Gleichgesinnten und sind auf der anderen Seite mit einer medialisierten Öffentlichkeit konfrontiert, die zwar permanent das Neue sucht, gleichzeitig den Raum des Sagbaren aber auch begrenzt, indem sie es immer wieder an dem in der Politik bereits Artiku-

[1] Zur besseren Lesbarkeit verwenden wir in dieser IASS Study die weibliche und männliche Form von Substantiven alternierend, wobei in jedem Falle das jeweils andere Geschlecht mitgemeint ist.

lierten ausrichtet (Bennett 1990, für die neuere deutsche Medienlandschaft vgl. Eckl 2011: 162ff.).

Unter diesen Bedingungen haben es Forderungen nach einem „transformativen" Dialog der Politik mit ihrer Gesellschaft, der liebgewonnene Gewissheiten in Frage stellt und grundsätzliches Neuland betritt (WBGU 2011), nicht gerade leicht. Und während Erklärungen der politischen Soziologie und Theorie dafür, warum sich in der Politik oft so viel verfestigt, zahlreich sind, steht die Art und Weise, wie ‚das Neue' in die Politik kommt, selten im Fokus (s. u., Abschnitt 5). Als Beispiel für solches Neue begreifen wir in unserer Studie „Growth in Politics" (GRIP) eine neu durchdachte Einstellung gegenüber einer politischen Grundsatzfrage, speziell und im Kontext nachhaltiger Entwicklung: gegenüber der Wünsch- und Machbarkeit stetigen Wirtschaftswachstums.

Kritische Reflexionen zu diesem Thema haben nicht nur in der Wissenschaft (Pennekamp 2011), sondern vor allem auch in der Gesellschaft in den letzten Jahren neu an Fahrt aufgenommen, und das gerade auch im deutschsprachigen Raum (Brand 2014). Wir haben uns dafür interessiert, ob diese Reflexionen auch ihren Weg in die alltägliche Praxis der deutschen Volksvertretung finden – und durch welche strukturellen Faktoren, gerade auch quer zu den Parteien, dies möglicherweise begünstigt wird. Der Deutsche Bundestag war auch deshalb ein interessanter Ausschnitt des politischen Systems, um diese Frage zu untersuchen, weil er in seiner 17. Legislaturperiode durch eine Enquete-Kommission[2] den Versuch unternommen hatte, diese gesellschaftlichen Debatten aufzugreifen. Dabei stellte sich insbesondere die Auffassung, dass Wohlstandsmehrung nicht länger allein mit materiellem Wachstum gleichgesetzt werden könne, als durchaus konsensfähig heraus (Deutscher Bundestag 2013). Doch haben die mit dem Wirtschaftswachstum verknüpften schwierigen Grundsatzfragen – die intergenerationelle Gerechtigkeit und die Tragfähigkeit des Planeten genauso betreffend wie den „Standort Deutschland" und diverse Sozialsysteme – im Alltagsgeschäft der Fraktionen und Ausschüsse überhaupt eine Chance auf Bearbeitung? Können sich die Parlamentarier hierzu eine eigene Meinung bilden, die dann auch anschlussfähig ist?

Die Antworten, die unsere Studie auf diese selbstgestellte Frage gibt, sind – wie wäre es anders zu erwarten? – differenziert und schwierig; teilweise erzeugen sie neue Fragen. Wir werden sie in den kommenden Monaten in akademischen Einzelpublikationen genauer darstellen. Dies ist auch deshalb angemessen, weil wir in der Studie mindestens drei verschiedene Themenbereiche berühren; über sie gibt das folgende Kapitel einen Überblick. Die Darstellung *aller drei* Themen in einer IASS Study muss notwendig an der Oberfläche bleiben. Sie ist für uns als Forscherinnen eines Instituts an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Gesellschaft gleichwohl wichtig, denn wir verstehen den Forschungsprozess als einen Zyklus, der permanent Fragen aus der Gesellschaft aufgreift, ihre Relevanz zusammen mit Stakeholdern prüft, neue Fragen ermöglicht, und so das Rad kritischer Selbstreflexion, und hoffentlich einer Transformation zu mehr Nachhaltigkeit, antreiben hilft.

[2] Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft" war von Januar 2011 bis Juni 2013 tätig.

2. „Growth in Politics“: ein Überblick

Das Projekt GRIP begann im Jahr 2014 mit Kontakten zu Partnern in der französischen Nachhaltigkeitsforschung. Wir fragten uns gemeinsam, was von wachstumskritischen Initiativen in den nationalen Politiken beiderseits des Rheins eigentlich übrig geblieben war[3] und ob man die Kommunikation im Bundestag sowie der Assemblée Nationale hierzu sinnvoll vergleichen könnte. Aus pragmatischen Erwägungen – u.a. methodologischer Natur – nahmen wir indes bald von der Idee einer vergleichenden Studie Abstand und beschlossen, uns zunächst auf eine Analyse des Deutschen Bundestags in der 18. Legislaturperiode zu konzentrieren.[4]

Im Zentrum standen dabei für uns drei Fragenkomplexe:

1) Welche Rolle spielt „Wachstum“ im **parlamentarischen Diskurs?** Werden wachstumsbezogene Argumente in unterschiedlicher Art und Weise eingesetzt und welche Funktion haben sie im parlamentarischen Handeln?

2) Inwieweit können unter den **Mitgliedern des Bundestages** (MdBs) verschiedene Haltungen gegenüber dem Wachstumskonzept beobachtet werden? Gibt es unterschiedliche Vorstellungen von Wohlstand und welche Bedeutung haben diese für die Haltung zur klassischen Wachstumsidee?

3) Wie kann das Kommunikations- und Informationsverhalten der MdBs beschrieben werden? Welche Rolle spielen dabei die **Mitarbeiter der Abgeordneten?** In welchem Zusammenhang steht das Informationsverhalten mit einer möglichen Meinungsbildung bezüglich der Grundsatzfrage Wirtschaftswachstum?

Zur Beantwortung dieser Fragen entwarfen wir ein umfassendes Studiendesign. Die Analyse der Wachstumsargumentation im parlamentarischen Diskurs erfolgte anhand öffentlich zugänglicher Bundestagsdokumente (1). Die Exploration individueller Wohlstand- und Wachstumsauffassungen wurde mit Hilfe teilstandardisierter persönlicher Interviews umgesetzt, die zudem auch auf das Kommunikations- und Informationsverhalten der MdBs sowie deren Verhältnis zu ihren Mitarbeitern eingehen (2). Die Bedeutung der Büromitarbeiter im politischen Alltag und im Meinungsbildungsprozess erfassten wir sodann auch aus Perspektive der Mitarbeiter selbst: Eine standardisierte, postalische Befragung einer repräsentativen Stichprobe aus allen Mitarbeitern des Deutschen Bundestages der 18. Legislaturperiode thematisierte ihre Einstellungen zu Wirtschaftswachstum, ihre Aufgabenbereiche sowie ihren wahrgenommenen Einfluss auf das Geschehen im MdB-Büro (3).

[3] Neben der vorerwähnten Enquete-Kommission des Bundestags handelte es sich dabei vor allem um eine vom damaligen französischen Präsidenten Sarkozy einberufene Expertenkommission, die sogenannte Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission, die von Februar 2008 bis September 2009 tätig war.

[4] Für Idee und Anstoß zum Projekt danken wir dem damaligen Leiter des IASS-Programms Ökonomie & Kultur, Prof. Philipp Lepenies.

Der Einsatz verschiedener Methoden zur Untersuchung eines Phänomens wird in den Sozialwissenschaften als Methodentriangulation oder *mixed-methods design* beschrieben. Besonders bei wenig erforschten Themenfeldern eignet sich dieses Vorgehen, da die in den einzelnen Untersuchungsschritten gewonnenen Erkenntnisse vorläufige Vermutungen anreichern und konkretisieren. Wie in Abbildung 1 visualisiert, zeigt sich dieses iterative Vorgehen in unserer Studie, indem (1) erste vorläufige Ergebnisse der Dokumentenanalyse in die (2) Frageformulierung des MdB-Leitfadeninterviews im Themenabschnitt „Wachstum" eingehen. Ebenso fließen Hinweise aus den ersten persönlichen Interviews mit Abgeordneten in die (3) Konstruktion des standardisierten Mitarbeiterfragebogens ein. Umgekehrt wirken aber auch (2) Vermutungen der MdBs zur parlamentarischen Kommunikation auf die (1) Analyse der Bundestagsdokumente zurück, indem sich beispielsweise neue Hypothesen zum möglichen Unterschied im Vergleich von gesetzgebungs- und öffentlichkeitsbezogene Dokumenten formieren.

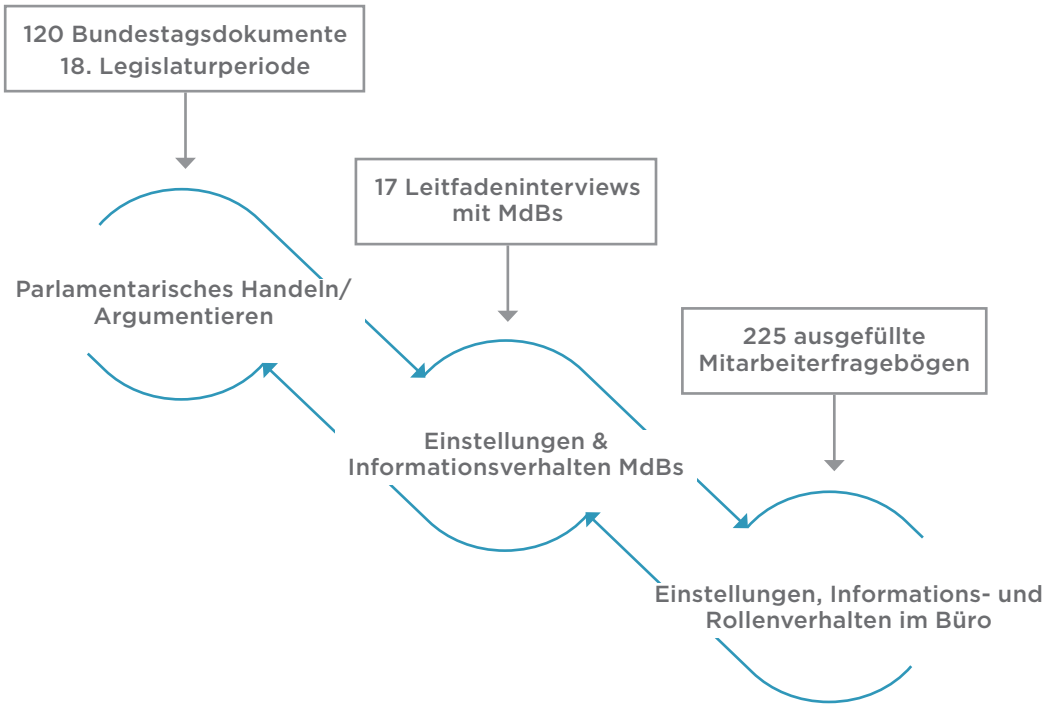


Abbildung 1: Design der GRIP-Studie

Quelle: Eigene Darstellung

Die neu konstruierten Erhebungsinstrumente haben wir im Vorfeld der Datenerhebung auf ihre Zuverlässigkeit und Eignung überprüft und entsprechend modifiziert. Der Erhebungszeitraum der MdB-Interviews sowie der Mitarbeiterbefragung erstreckte sich von September 2015 bis Januar 2016. Die Datenaufbereitung und Datenanalyse erfolgte von Februar bis September 2016. Qualitatives Datenmaterial (Dokumente, Interviewtranskripte) wurde dabei mit der Software MAXQDA analysiert, während wir für die Auswertung der quantitativen Daten die Software Stata einsetzten.

Begleitet wurde der Forschungsprozess von zwei Projektseminaren an der Universität Potsdam. Ausgehend vom aktuellen Forschungsstand entwickelten wir im Wintersemester 2014/2015 gemeinsam mit Masterstudierenden einen ersten Entwurf des MdB-Leitfadeninterviews und führten fünf kognitive Pre-Tests mit ehemaligen Bundestagsabgeordneten durch. Im Sommersemester 2016 folgte ein anwendungsbezogenes Bachelorseminar zur Einführung in die qualitative Inhaltsanalyse und die Arbeit mit MAXQDA anhand ausgewählter Interviews. Wir verdanken der Kreativität und den klugen Fragen der Studierenden sowohl Inspiration als auch eine höhere Reliabilität bei der Interviewanalyse und möchten uns dafür bei ihnen allen bedanken.[5]

Die folgenden beiden Abschnitte der IASS Study stellen zentrale Ergebnisse der Dokumentenanalyse (Abschnitt 3) bzw. der MdB- und Mitarbeiterbefragungen vor (Abschnitt 4). Abschließend (Abschnitt 5) werden wir noch einmal kurz zu einigen in der Einleitung kurz angesprochenen theoretischen Implikationen der Studie zurückkehren.

[5] Für die Nachvollziehbarkeit und Replikationsfähigkeit der Studienergebnisse sind eine ausführlichere Darstellung der verwendeten Methoden sowie eine Einschätzung der Datenqualität erforderlich. Aufgrund des Umfangs werden diese Informationen in einem externen Methodenbericht Platz finden. Zudem planen wir, die erhobenen und aufbereiteten Daten der Mitarbeiterbefragung in anonymisierter Form der Wissenschaftsgemeinde zugänglich zu machen und damit weitere Analysen zu ermöglichen. Denkbar ist auch, die eigens für diese Studie entwickelte Item-Batterie zur Erfassung von Einstellungen zu unterschiedlichen Wohlstands- und Wachstumskonzepten zu veröffentlichen.

© istock

3. Wirtschaftswachstum im parlamentarischen Diskurs: Zur Funktion eines Dogmas

Die Enquete-Kommission des Bundestages hatte 2013 in einem parteiübergreifenden Konsens festgestellt, dass Wirtschaftswachstum niemals politisches Ziel an sich, sondern nur Mittel zur Erreichung anderer Ziele sein könne (Deutscher Bundestag 2013: 24, 589). Diese Einigung wurde sogar von den Parlamentariern der damaligen Oppositionsfraktionen und wachstumskritischen gesellschaftlichen Experten mitgetragen, obwohl diese in Sondervoten im Wachstum eigentlich noch weniger als ein Mittel sahen, nämlich ein bloß mögliches (Neben-)Ergebnis von vernünftigen Politiken (ebd.: 129, 786). Dass Wachstum Mittel statt Zweck von Politiken sei, darf also als kleinster gemeinsamer Nenner gelten, den die Enquete parteiübergreifend etablierte; es handelt sich dabei noch keineswegs um Wachstumskritik. Ist dieser kleinste Nenner der Enquete in der diskursiven Alltagspraxis des Parlamentes angekommen? Unterscheidet sich die argumentative Verwendung des Wachstumsbegriffs hinsichtlich „Mittel oder Zweck" in den verschiedenen parlamentarischen Arenen sowie zwischen Regierung und Opposition? Spielen Einschränkungen von Wachstum oder sogar Kritik daran eine Rolle?

3.1. Methodisches

Die Untersuchung des parlamentarischen Diskurses hinsichtlich wachstumsbezogener Argumente erfolgte anhand einer Auswahl von Bundestagsdokumenten, die zwischen dem Beginn der 18. Legislaturperiode und dem 28.01.2016 veröffentlicht wurden. Die Auswahl orientiert sich anhand folgender Kriterien: (1) Funktion des Deutschen Bundestages, (2) Verwendung des Wachstumsbegriffs, (3) Kohärenz parlamentarischer Vorgänge, (4) Fraktion und Fachpolitik.

1) Entsprechend den z. B. bei Ismayr (2012) definierten Funktionen des Deutschen Bundestages (Regierungsbildung, Gesetzgebung, Kontrolle, Repräsentation und Kommunikation) wurde die Auswahl der zu analysierenden Dokumente in einem ersten Schritt auf folgende Typen eingegrenzt: Große Anfrage, Kleine Anfrage, Anträge der Fraktionen, Berichte und Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, Unterrichtungen durch die Bundesregierung, Regierungserklärungen, Plenarprotokolle, sowie persönliche Erklärungen.

2) Da das Forschungsinteresse wachstumsbezogenen Argumenten gilt, wurden in einem zweiten Schritt innerhalb der genannten Dokumentengruppen ausschließlich solche Dokumente ausgewählt, die den Begriff „Wachstum" enthalten. Um sicherzustellen, dass bei dieser Vorgehensweise keine wichtige Argumentationsmuster übersehen werden, enthält die Gruppe „Berichte und Beschlussempfehlungen" zusätzlich Dokumente, in denen der Begriff „Wachstum" selbst nicht auftaucht, wirtschaftliche Themen jedoch sehr präsent sind.

3) Um inhaltliche Zusammenhänge parlamentarischer Interaktionen nachvollziehen zu können, sind zu den Anfragen dazugehörige Antworten der Bundesregierung sowie auf die Regierungserklärungen folgende Plenardebatten in die Untersuchung eingegangen.

4) Da wir unterschiedliche wachstumsbezogene Argumente je nach Fraktion sowie Fachpolitik vermuten, achteten wir bei der Auswahl insbesondere von Berichten und Beschlussempfehlungen sowie von Anträgen auf ein ausgewogenes Spektrum der Ausschüsse bzw. Fraktionen.

Die in die Analyse eingegangen Dokumente stellen somit einen für die Forschungsfrage relevanten Querschnitt durch den parlamentarischen Diskurs der 18. Legislaturperiode dar.

Im Fokus der inhaltlichen Auswertung der Dokumente stand ausschließlich der grundsätzliche Aspekt Wirtschaftswachstum – also nicht etwa die Feinanalyse spezieller wirtschaftspolitischer Auseinandersetzungen um damit verknüpfte Themen wie Arbeitsmarkt- oder Haushaltspolitik, aber auch nicht primär das Thema von Wohlstandsauffassungen, das uns bei den Interviews mit MdBs und Bundestagsmitarbeitern durchaus interessierte. Die Kategorienentwicklung erfolgte induktiv, wobei eine Aggregierung auf wenige Obercodes angestrebt wurde, um die entscheidenden argumentativen Verwendungsweisen von Wachstum ‚auf einen Blick' erfassen zu können (z. B. Wachstum als Mittel vs. Wachstum als Zweck von Politiken). Die Analyse wurde auf drei Personen aufgeteilt, von denen eine ausschließlich die Anträge der Fraktionen kodiert hat. Dabei wurden die codierten Dokumente von den jeweils anderen Codierern überprüft (auch in längeren Codierkonferenzen), um die Reliabilität zu erhöhen.[6] Erstellt wurden im gesamten Textkorpus 1806 Codings.[7]

3.2. Wachstum als politischer Selbstzweck

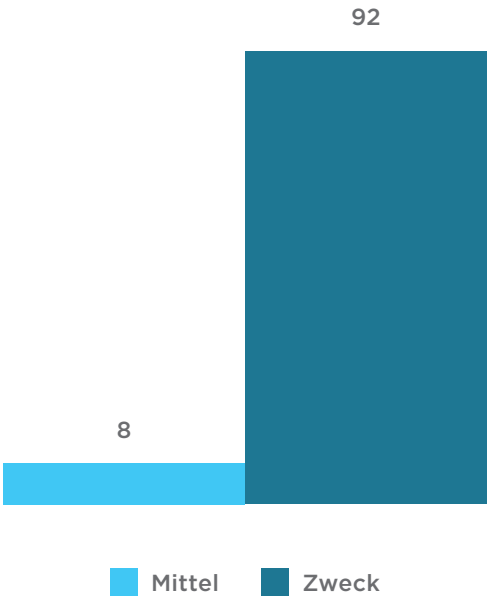
Unsere Analyse zeigt, dass der kleinste Nenner der Enquete in der diskursiven Alltagspraxis des Parlaments noch lange nicht angekommen ist. 1095 der durch uns vergebenen Codings ließen sich entweder dem Obercode „*Wachstum als Mittel*" zuordnen oder dem Obercode „*Wachstum als Zweck*". Die Bilanz lautet 86 (Mittel) zu 1009 (Zweck) (vgl. in Prozentzahlen Abb. 2).[8] Wachstum als Politikziel wird dabei meist (bei deutlich über der Hälfte der entsprechenden Codings) dadurch indirekt affirmiert, indem erklärt wird, welche Faktoren zu Wachstum beitragen oder dafür notwendig sind (z.B. Investitionen, Forschung oder ein ausgeglichener Haushalt) – ohne dass dieses Wachstum seinerseits einem weiteren Zweck zu- bzw. untergeordnet würde.

Die zweithäufigste Art und Weise, Wachstum als Zweck von Politik diskursiv zu etablieren, ist, Wachstum in einem Atemzug mit anderen Politikzielen zu nennen, z. B. in der überaus populären Formel „Wachstum und Beschäftigung", bei der meist unausgesprochen bleibt, wie das eine mit dem anderen zusammenhängt. Den Arbeitsplätzen als am häufigsten genanntem, gleichrangigem Ziel folgen in erheblichem Abstand Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Wohlstand (dieser als separater zum Wachstum, aber im selben Atemzug genannter Begriff), in geringerem Maße auch die Haushaltsstabilität. Dabei sind die entsprechenden Passagen dadurch gekennzeichnet, dass zwischen diesen Dimensionen selbst keine Zweck-Mittel-Beziehungen erkennbar werden und z. B. „Wohlstand" auch nicht als separates, übergeordnetes Ziel genannt wird.

[6] Ein herzlicher Dank geht in diesem Zusammenhang an Frau Mirjam Neebe, Potsdam.

[7] Ein „Coding" ist die Anwendung einer Kategorie, also eines Codes, auf eine Textpassage, wobei auf eine Passage mehrere Codings entfallen können. Das Coding ist die kleinste Sinn-Einheit der Inhaltsanalyse.

[8] Alle quantitativen Angaben in den Abschnitten 3 und 4 dieser IASS Study beziehen sich auf qualitative Samples, beanspruchen also keine statistische Repräsentativität. Sie dienen lediglich der Veranschaulichung der an unserer strategischen Datenauswahl ablesbaren Tendenzen.



Hinweis: Prozentuales Verhältnis der Obercodes „Zweck“ und „Mittel“ im von ihnen abgedeckten Teil (n=1095) des Textkorpus.

Abbildung 2: Wachstum als Zweck oder Mittel von Politik?

Quelle: Analyse der Bundestagsdokumente, eigene Darstellung

Beide diskursiven Strategien, die Hinzuziehung von Mitteln für Wachstum und die Juxtaposition von Wachstum mit anderen Zielen, werden sehr oft auch gleichzeitig angewandt, und erneut besonders häufig im Fall des gleichrangigen Ziels „Arbeitsplätze“. Als zwei Beispiele hierfür mögen die folgenden Auszüge aus dem Themenbereich TTIP stehen, die wir jeweils dem Jahreswirtschaftsbericht 2015 und einer Kleinen Anfrage der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen entnommen haben und in denen Wettbewerb bzw. offene Märkte als das Mittel der Wahl für mehr Wachstum fungieren:[9]

> *„Ziel ist es, die Märkte auf beiden Seiten des Atlantiks stärker zu öffnen und damit zu Wachstum und mehr Beschäftigung beizutragen.“* (BT 18/3840)

> *„Eines der Hauptargumente für den Abschluss eines ambitionierten Abkommens ist das Versprechen, dadurch Wirtschaftswachstum zu generieren und Arbeitsplätze zu schaffen.“* (BT 18/0828)

Es ließe sich natürlich mutmaßen, dass in solchen Fällen ‚gemeint‘ sei, dass Wachstum zu Arbeitsplätzen beiträgt und dass diese daher als ‚eigentliches‘ Oberziel der Politik stehen. Unsere Analyse indes enthält sich solcher Spekulationen und beschreibt den manifesten Gehalt der Dokumente. Auf der Diskursoberfläche dieser und hunderte weiterer Zitate taucht Wachstum als selbstständiges, den Arbeitsplätzen gleichrangiges Ziel auf. Dass Wachstum Arbeitsplätze schaffe(n könne), also ein Mittel von Politik in diesem Sinne sei, wird hingegen explizit nur an 13 Stellen im gesamten Textkorpus gesagt.

Durch diese sprachliche Strategie wird Wachstum im parlamentarischen Handeln nicht nur als Ziel von Politik bestätigt – es wird auch jede Kritik daran unwahrscheinlich gemacht. Denn während sich die Angemessenheit von Mitteln im Sinne der sog. Zweckrationalität leicht zur Disposition stellen lässt, ist eine „Wertrationalität“ im Sinne des Kritisierens

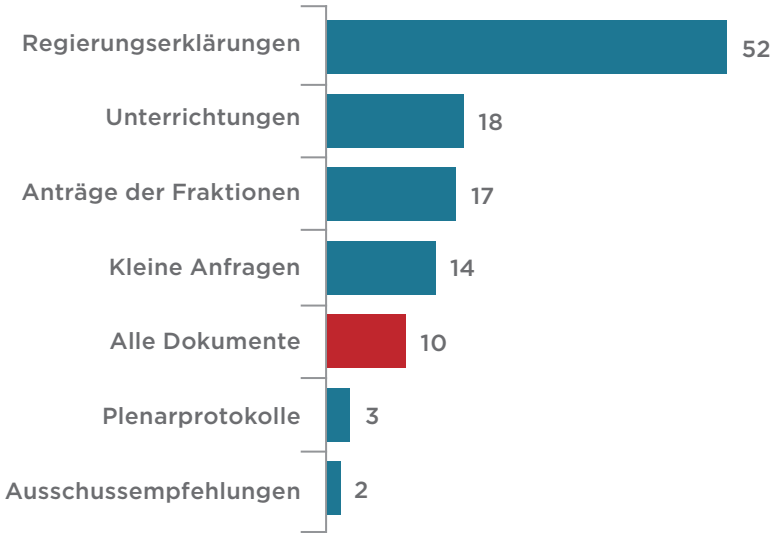
[9] Zitiert werden die Bundestagsdokumente gemäß ihrer Drucksachen-Nummer; sie sind über www.bundestag.de jederzeit abrufbar.

der Zwecke und der ihnen zugrunde liegenden Werte ein weit anspruchsvolleres Geschäft (Habermas 1995: I/377ff.), das aus der Tagespolitik leicht verdrängt wird. Verhindert wird, indem man ein Ziel ‚unter der Hand' wieder und wieder als solches affirmiert, jede Thematisierung seiner Prämissen, jede Argumentation dafür oder dagegen. Einen solcher Gebrauch von Behauptungen – hier: dass Wachstum ein Politikziel sei – der sie „gegen empirische und terminologische Überprüfung abschottet", nennt man in der Philosophie *dogmatisch* (Elze 1972). Das *Wachstum als Dogma* in diesem Sinne, also als eine immer mitgeschleifte, nicht mehr kritisierbare Behauptung, dominiert den parlamentarischen Diskurs.

3.3. Wachstum als Mantra der Regierung

Die im vorangegangen Abschnitt beschriebene Dominanz der dogmatischen Verwendung des Wachstumsbegriffs ist allerdings nicht in allen parlamentarischen Arenen gleichermaßen ausgeprägt. Die wesentlichen Unterschiede werden in Abb. 3 veranschaulicht.

Deutlich überdurchschnittlich wird Wachstum als Politikziel in den ausgewählten wirtschaftspolitischen **Unterrichtungen der Bundesregierung** beschworen. Dies verwundert nicht, wenn man bedenkt, dass drei der hier analysierten zehn Dokumente direkt durch das Wachstums- und Stabilitätsgesetz von 1967 veranlasst sind (nämlich die Jahreswirtschaftsberichte 2015 und 2016 sowie das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2015/16).



Hinweis: Verteilung des Codes „Wachstum als Ziel" nach verschiedenen Dokumentenklassen (Anzahl der Codings je 10.000 Wörter)

Abbildung 3: Wachstum als Ziel in verschiedenen parlamentarischen Arenen

Quelle: Analyse der Bundestagsdokumente, eigene Darstellung

In unseren Gesprächen mit MdBs gewannen wir indes den Eindruck, dass diese an alle Parlamentarier versandten „Wälzer“ im Detail nur bedingt wahrgenommen werden, auch von Wirtschaftspolitikern.[10] Dies entspricht dem Ergebnis repräsentativer Erhebungen aus dem Vorfeld der Enquete-Kommission, die zeigen, dass das Sachverständigengutachten bei Parlamentariern weniger bekannt ist und weniger beobachtet wird als bei ministeriellen Führungskräften, ebenso übrigens wie die Kennzahl Bruttoinlandsprodukt selbst (ISG 2011: 13ff.) Wachstum, so lässt sich pointieren, ist vor allem ein Arbeitsinstrument der Exekutive. Sie trägt es in den Bundestag hinein und vor sich her wie ein Mantra.

Dies zeigt sich auch klar an **Regierungserklärungen** mit wirtschaftspolitischem Inhalt. Ohne sie wäre die Nennung von Wachstum als Ziel in den entsprechenden Plenarprotokollen noch niedriger als sie ohnehin schon ist (2 statt 3 Codings je 10.000 Wörter), und für sich alleine genommen haben diese Regierungserklärungen von allen Dokumentenklassen mit Abstand die höchste Codierdichte.[11] Auffällig ist in den entsprechenden Sitzungsprotokollen, dass die Abgeordneten sehr selten auf die zahlreichen „Wachstum als Ziel“-Stellen reagieren (z. B. durch Beifall oder durch Zwischenrufe), sondern dass Reaktionen zumeist dann erfolgen, wenn andere Ziele wie „Teilhabe“ oder „Haushaltsstabilität“ genannt werden, wo Wachstum also als nachgeordnet oder (implizit) als bloßes Mittel fungiert. Zugespitzt gesagt: das Wachstumsdogma wird von der Regierung auf der Präsentationsfläche des Bundestags massiv präsentiert, von den Abgeordneten aber mit einer Indifferenz aufgenommen, die nicht einmal den die eigenen Leute unterstützenden Applaus als „Pawlowschen Reflex“ (Willemsen 2015: 170) anschlagen lässt. Außerdem ist bei den Regierungserklärungen selbst eine gewisse Konjunkturanfälligkeit zu beobachten: Während etwa der Jahreswirtschaftsbericht 2015 durch den Minister mit massiver pauschaler Wachstumsemphase präsentiert wird, wird schon im zugrundeliegenden Bericht 2016 deutlich differenzierter zugunsten bestimmter Wachstumsqualifizierungen (z. B. Digitalwirtschaft, Energieeffizienz) argumentiert, während der Minister dann vor allem betont, dass noch wichtiger als das Wachstum selbst der „Aufbau von Beschäftigung“ und „vernünftige Löhne“ seien. In solchen Konjunkturen deutet sich zumindest die Möglichkeit eines Abwägens zwischen Politikzielen und einer Priorisierung an, die im „Magischen Viereck“ des Stabilitätsgesetzes[12] noch angelegt war und sich auch bei individuellen Wachstumseinstellungen MdBs über die Zeit hinweg durchaus beobachten lässt, im Mainstream des Diskurses aber sonst unsichtbar bleibt.

Bei den persönlichen Erklärungen von Abweichlerinnen der Griechenlanddebatten 2015 (BT 18/177 und 18/118) überwiegt wiederum jene Argumentationslinie, die Wachstum pauschal als (mit Beschäftigung verknüpften) Zweck von Politik voraussetzt. Den Finanzhilfen wird unterstellt, sie verfehlten diesen Zweck. Dies trifft auch auf die oppositionellen Abgeordneten zu. Lediglich zwei Haushaltspolitiker der SPD benennen Wachstum klar als Mittel, um soziale Probleme zu lösen und Schulden abbauen zu können, und ordnen es rhetorisch anderen Zielen unter. (Auf die mögliche besondere Rolle von Haushältern gehen wir im Abschnitt 4.2. kurz ein.) Ansonsten spiegeln sich hier bekannte ideologische Unterschiede zwischen den Fraktionen in der Argumentation wieder, für die Wachstum als Ziel vorausgesetzt wird. Während beispielsweise Abgeordnete der SPD mehr Investitionen und soziale Mindeststandards fordern, betonen Abgeordnete der CDU/CSU die Eigenverantwortung der griechischen Regierung und beklagen ihre mangelnde Reformbereitschaft.

[10] Unter Wirtschaftspolitikerinnen verstehen wir in der Studie MdBs, die Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, im Finanz- oder Haushaltsausschuss sind.

[11] Analysiert haben wir zwei Regierungserklärungen von Bundeskanzlerin Merkel (zum Asien-Europa-Treffen und zum Treffen des Europäischen Rates), zwei von Wirtschaftsminister Gabriel (zu den vorerwähnten Jahreswirtschaftsberichten) sowie eine von Finanzminister Schäuble (zur Griechenlandhilfe im August 2015).

[12] Das „Magische Viereck“ der Wirtschaftspolitik vereint 1. Stabilität des Preissystems, 2. hoher Beschäftigungsstand, 3. außenwirtschaftliches Gleichgewicht und 4. stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum. Diese vier Politikziele sind im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 gleichrangig verankert.

3.4. Wachstum: wenig präsent in Kontrolle und Gesetzgebung

Kleine Anfragen sind ein Mittel vor allem der Opposition zur Regierungskontrolle (Ismayr 2012: 326ff., Kepplinger 2007: 308). Dabei ist jedoch von einem sehr „weiten" Kontrollbegriff auszugehen, der nicht nur parlamentsintern ist, sondern z.B. auch die Kommunikation der Abgeordneten mit ihren relevanten Stakeholdern einschließt. Solche Stakeholder beziehen sich sehr oft auf Kleine Anfragen und deren Beantwortung durch die Ministerialbürokratie (Siefken 2010: 31ff.). Die Kleinen Anfragen, deren Anzahl in den letzten 30 Jahren stetig und in den letzten 10 Jahren besonders stark zugenommen hat (ebd.: 25), tragen also auch zu der Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments bei, allerdings im Unterschied zur Großen Anfrage im Sinne einer gewissen thematischen, oft recht kleinteiligen Spezialisierung. In dieser oppositionsdominierten Diskursarena ist die Idee von Wachstum als Politikziel deutlich weniger verbreitet als in den Regierungsdokumenten. Es sind relativ kurze Texte, meist in zahlreiche Einzelfragen unterteilt, die durch maximal anderthalb Seiten Grundsatzbeobachtungen eingeleitet werden. Dabei operieren zwei Anfragen weit überdurchschnittlich mit dem Argument „Wachstum als Ziel": die der Grünen zum EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt (BT 18/2556) durch den formellen Bezug auf eben dieses ausdrücklich wachstumsorientierte Politikinstrument (eine schwache, indirekte Form der Affirmation von Wachstum), und, direkter und deutlicher, die derselben Fraktion zu TTIP (BT 18/828), in der versucht wird, das Abkommen immer wieder durch den Zweifel zu diskreditieren, ob es wirklich zu mehr Wirtschaftswachstum beitrage. In allen anderen Kleinen Anfragen sind es eher vereinzelte Codings ohne tragende Funktion, welche „Wachstum als Ziel" reproduzieren; ähnlich rar sind auch solche, die Wachstum relativieren, z.B. durch Einschränkungen wie „nachhaltig" oder „umweltschonend". In 14 der 34 ausgewählten Dokumente taucht *überhaupt keine* Wachstumsthematisierung auf, auch da nicht, wo man es durchaus erwarten könnte, z. B. bei den Themen Wagniskapital (BT 18/1074) oder nationale Tarifsysteme (BT/5802).

Das Auseinanderdriften von Regierung und Opposition bezüglich der Intensität, mit der das Wachtumsdogma reproduziert wird, zeigt sich auch bei den **Anträgen der Fraktionen**. Sie bilden ein besonders interessantes Feld der Analyse, da sie einen direkten Vergleich zwischen den Parteien ermöglichen. Hierauf werden wir in akademischen Publikationen genauer eingehen. An dieser Stelle seien lediglich die Verhältnisse der wichtigsten Obercodes kurz interpretiert (vgl. Abb. 4). Generell wird von den Koalitionsfraktionen Wachstum stärker thematisiert – und in fast drei Vierteln der Fälle als Ziel an sich. Wofür Wirtschaftswachstum notwendig ist, wird weder von Opposition noch Koalition je ausbuchstabiert. Vereinzelte Ausnahmen betreffen v.a. das „Schaffen von Arbeitsplätzen", die „Stabilisierung des Haushalts" und die „Stärkung schwacher Regionen". Für die Fachanträge heißt dies, dass die durch sie geforderten und durchgesetzten Willensbekundungen, Verhandlungsmandate, etc. in ihrer Konkretheit damit begründet werden, dass sie zu Wachstum beitragen. Wie bereits erwähnt, ist dies hier insgesamt deutlich häufiger als bei den Ausschussempfehlungen der Fall, die konkrete Gesetzgebungsakte fundieren. Am stärksten taucht der Bezug zu Wachstum im europapolitischen Bereich auf – und zwar nicht nur bei ‚auf der Hand liegenden' Themen wie dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (BT 18/4929), sondern vor allem auch im Bereich Bildungs- und Forschungspolitik, konkret bei den Aufforderungen an die Bundesregierung, das Europäische Semester zu stärken (BT 18/4426) und die Europäische Forschungsförderung innovationsorientierter zu gestalten (BT 18/4423). Dies passt mit der generell hohen Beliebtheit von „Innovationen" als Mittel für Wachstum zusammen, die im parlamentarischen Diskurs und auch in den Einstellungen der Mitarbeiter festgestellt werden kann Es ist aber vor allem auch bemerkenswert in einem Politikbereich (Europa), in dem der Bundestag generell seit Jahren versucht, gegenüber der Bundesregierung mehr Handelsspielräume zu gewinnen – eine Frontlinie, die durchaus auch innerhalb der Koalition selber verläuft (vgl. Wimmel 2015). Gerade hier also, wo die Regierenden quasi unter sich sind, ist Wachstum als *ultima ratio* der Handlungsbegründung besonders beliebt, während die Opposition deutlich zurückhaltender ist und, wenn überhaupt, das Argument zur Grundsatzkritik an der nationalen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung verwendet (z.B. mangelnde Investitionen in digitale Infrastruktur betreffend; vgl. BT 18/493).

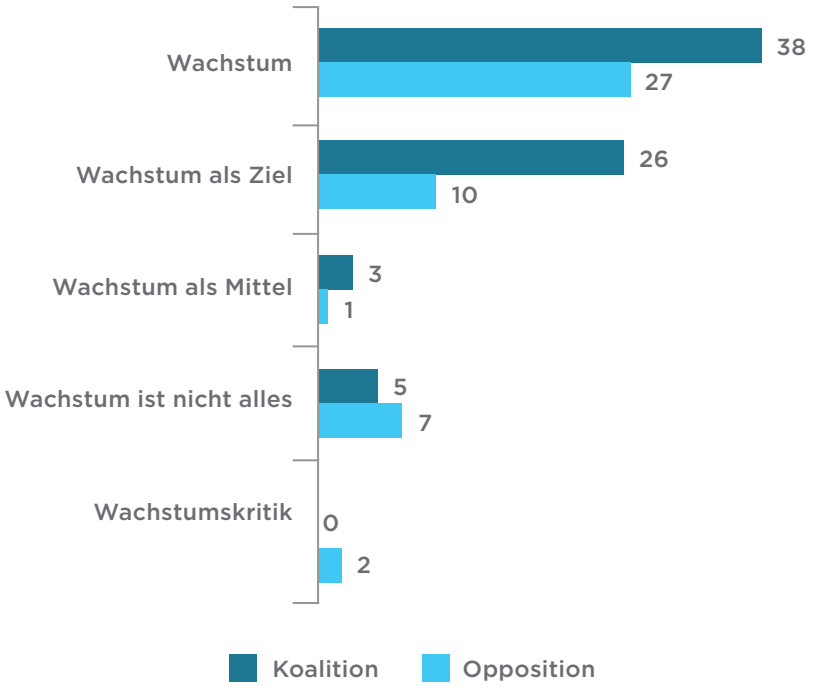


Abbildung 4: Thematisierung von „Wachstum" in Anträgen der Fraktionen

Quelle: Analyse der Bundestagsdokumente, eigene Darstellung

Hinweis: Verteilung des Codes „Wachstum", „Wachstum als Ziel", „Wachstum Mittel", „Wachstum ist nicht alles" und „Wachstumskritik" nach Koalition und Opposition innerhalb der Anträge der Fraktionen (Codings je 10.000 Wörter)

Und wie ist es schließlich um die eigentliche Gesetzgebung bestellt? Die **Beschlussempfehlungen der Ausschüsse an das Plenum** sind meist sehr knapp gehaltene Texte, ebenso wie die angefügten Berichte über die wesentlichen Argumentationslinien der Ausschussberatungen. Ihre Knappheit verhindert indes nicht, ein *relatives* Gewicht von Wachstums-Argumenten zu bestimmen. Dieses fällt genauso gering aus wie das der Plenumsdebatten ohne Regierungserklärungen (2 Codings je 10.000 Wörter). Wachstum kritisierende oder qualifizierende Attributionen sind hierbei weitestgehend abgelehnten Anträgen der Opposition vorbehalten (zum Jahreswohlstandsbericht etwa oder zu SDG 12[13]), „Ziel"-Formulierungen hingegen finden sich auch in erfolgreichen, durch die Koalition initiierten Gesetzesempfehlungen etwa zur Digitalwirtschaft oder zu Erneuerbaren Energien. All dies aber spielt sich im homöopathischen Bereich ab. Ganz offenbar gehört das Wachstumsparadigma nicht zum argumentativen Kernvorrat im gesetzgeberischen Bereich. Um die Beobachtung eines unserer Interviewpartner zu zitieren:

„Es ist jetzt nicht so, dass irgendwie argumentiert wird: Wir müssen jetzt Gesetz X machen um das Wachstum zu verbessern oder so. Es ist... ok, es sind ein paar Elemente aus dem Phrasenschwein vielleicht, für Plenarreden oder so... aber da wird jetzt nicht großartig drauf geguckt." (Haushaltspolitiker, Opposition)

Anders gesagt: Im Bundestag läuft eine von der Exekutive angetriebene Diskursmaschine, welche Wachstum pauschal als Ziel affirmiert, ohne dass dies auf der legislativen „Arbeitsebene" direkte Konsequenzen hätte. Wachstumskritik oder -qualifizierung freilich wird dadurch an den Rand gedrängt, bzw. eine Erörterung der politischen Grundsatzfrage nach Wünschbarkeit und Möglichkeit von Wachstum blockiert. Aber besteht auf der anderen Seite dieser Blockade, bei den einzelnen Parlamentarierinnen, denn überhaupt das Potenzial, der Drang, der Wille, die Grundsatzfrage zu erörtern? Hierzu kommen wir im nächsten Abschnitt.

[13] Die Vereinten Nationen haben 2015 die globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) beschlossen. SDG 12 setzt sich für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster ein.

© Elisabeth Lüders Haus und
Paul Löbe Haus/istock

4. Meinungsbildung im Bundestag

Sind die Argumentationen zu Wirtschaftswachstum Hauptgegenstand der Dokumentenanalyse, so sind sie in den Interviews mit 17 Abgeordneten des Deutschen Bundestages der 18. Legislaturperiode nur ein Thema unter mehreren. Von Interesse waren hier, neben den Einstellungen der MdBs zur Idee eines „fortwährenden Wirtschaftswachstums", auch ihre persönlichen Vorstellungen von „Wohlstand". Zudem explorierten die Interviews die Bedeutung von Kollegen, Büro- und Fraktions-Mitarbeiter sowie externe Institutionen, Experten und Medien in diesem Kontext. Da Wachstumskritik nicht selten im Zusammenhang mit einer Veränderung der Zeitstruktur („Beschleunigung") thematisiert wird (Laux und Rosa 2009), endete das Gespräch mit dem Thema „Work-Life-Balance".

Ziel der Analyse war es, über die Beschreibung verschiedener Einstellungen zu Wachstum und Wohlstand hinaus zu erfassen, *wie stark die MdBs diese Einstellungen reflektieren*. Der Grad der Reflexivität wird dabei an einer mehr oder weniger differenzierten Argumentation für oder gegen eine bestimmte Position festgemacht. Das heißt unabhängig davon, ob jemand beispielsweise ein Wachstumsbefürworter oder eine Wachstumskritikerin ist, kann diese Haltung mehr oder weniger reflexiv vertreten werden und dabei auch Gegenargumente antizipieren und einbegreifen.

4.1. Wie die MdBs über Wohlstand und Wachstum denken…

4.1.1. Methodisches

Über die Einstellungen und ihre Reflexivität hinaus wollen wir verstehen, warum sie sich unterscheiden. Da aus der Parlamentarierforschung zahlreiche soziale und institutionelle Einflussfaktoren bekannt sind, haben diese bei der Auswahl der Interviewpartner Berücksichtigung gefunden. Dabei benötigt die Untersuchung Interviewpartner mit unterschiedlichen Merkmalskombinationen. Beispielsweise können mögliche Unterschiede in den Einstellungen zur Wachstumsidee nur dann systematisch auf verschiedene Fraktionszugehörigkeiten zurückgeführt werden, wenn sich die Interviewpartner zwar nach ihrer Fraktion unterscheiden, sich jedoch in weiteren erklärenden Merkmalen möglichst ähneln. Eine entsprechende strategische Auswahl ist hierfür erforderlich.

Um diese Auswahl zu realisieren, haben wir in einem ersten Schritt, basierend auf den über die Internetseite des Deutschen Bundestages zugänglichen biografischen Informationen, einen Meta-Datensatz erstellt, der neben den bereits genannten Merkmalen weitere Informationen über die Abgeordneten der 18. Legislaturperiode enthält. Mit Hilfe dieses Datensatzes wählten wir, entsprechend den theoretischen Vorüberlegungen, 66 kontrastierende Fälle (Abgeordnete) aus, die wir im Frühsommer 2015 kontaktierten. Die Kontaktaufnahme erfolgte in Form einer persönlichen postalischen Einladung zu einem Gespräch über die Bedeutung von „Wohlstand im Spannungsfeld von Wirtschaft, Umwelt und Sozialem". Damit wollten wir vermeiden, das Wachstumsthema zu stark in den Mittelpunkt zu rücken und nur solche GesprächspartnerInnen zu gewinnen, die auf das Wachstumsthema gewissermaßen spezialisiert sind. Im Zeitraum von September 2015 bis Januar 2016 führten wir dann 17 Leitfadeninterviews mit einer durchschnittlichen Gesprächsdauer von 45 Minuten durch. Die interviewten Abgeordneten unterscheiden sich in ihrer Fraktionszugehörigkeit (6 CDU/CSU, 5 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 3 Die Linke), in ihrer

Fachexpertise (8 Wirtschaftspolitik,[14] 3 Umweltpolitik, 7 anderes Politikfeld), in der Art ihres Mandats (4 Direktkandidaten, 13 Landesliste) und seiner Dauer (10 in der ersten, 3 in der zweiten, in mindestens ihrer 3. Legislaturperiode) sowie in ihrem Geschlecht (13 männlich, 4 weiblich) und ihrem Alter.[15] Aufgrund der geringen Fallzahl sind allerdings nicht alle Merkmalskombinationen in der realisierten Auswahl vertreten, so dass nur ein Teil der theoretischen Vorüberlegungen systematisch überprüft werden kann.

Die Interviews führten wir mit Hilfe eines teilstandardisierten Leitfadens. Dieses Vorgehen erlaubt eine offene Gesprächsführung bei gleichzeitiger Strukturierung des Gesprächsverlaufs, so dass die Interviews vergleichbar sind. Das Interviewmaterial wurde transkribiert und zwischen März und August 2016 mit Hilfe der Software MAXQDA analysiert. Die Reliabilität der Ergebnisse wurde durch mehrere Codierkonferenzen und auch durch das oben genannte Projektseminar an der Universität Potsdam erhöht.

4.1.2. Reflexivität der MdBs bezüglich Wohlstand und Wachstum

Aufgrund unseres oben beschriebenen breiten Erkenntnisinteresses machen die Einstellungen und Argumentationen zu Wachstum im engeren Sinne nur etwa ein Achtel aller von uns vergebenen Codings aus. Dass unter diesen 112 Wachstums-Codings die Oberkategorie „Wachstum als Mittel" einen etwas geringeren Stellenwert hat als die anderen drei, kann nur bedingt als Hinweis darauf interpretiert werden, dass den MdBs konkrete Zweckhaftigkeiten von Wachstum nicht überaus präsent sind. Recht klar aber zeigt sich, dass Äußerungen in den drei Oberkategorien „Wachstumskritik", „Wachstumsqualifizierung" und „Ohne Wachstum geht es nicht" sich ziemlich ebenbürtig über den Textkorpus verteilen. Wir haben also keineswegs nur mit Wachstumsapologeten, aber eben auch nicht nur mit Wachstumskritikern gesprochen.

Eine genauere Analyse der zugehörigen Subcodes und der entsprechenden Textpassagen gemäß (a) der Einstellung zu den Oberkategorien und (b) des Reflexionsaufwands bezüglich dieser Einstellungen erlaubt eine *Typisierung* unserer Interviewpartner wie folgt:

1. **Wachstumsdogmatiker.** – Bejahen vehement das Wirtschaftswachstum (eher als Zweck denn als Mittel), nehmen dabei allerdings Argumente der Gegenseite entweder nicht wahr bzw. machen keine Anstalten, sie zu entkräften. Dieser Typus fand sich in unserem Sample zweimal (in der CDU/CSU-Fraktion).

2. **Wachstumsverteidiger.** – Weisen Wachstumskritik mit teilweise hohem Begründungsaufwand zurück. Es handelt sich also um eine sehr reflexive Wachstumsbejahung, auf die wir in unserem Interviewsample dreimal stießen (in beiden Koalitionsfraktionen).

3. **Wachstumsskeptiker.** – Sind entweder wachstumskritisch oder schränken die Möglichkeit bzw. Wünschbarkeit von Wachstum deutlich ein; beides mit relativ hohem Begründungsaufwand bzw. hohem Bewusstsein, dass dies eine schwierige Position im politischen Raum ist. Die zwei Vertreterinnen[16] dieses Typus in unserem Sample entstammen einmal der Grünen Partei, einmal aber auch der CDU/CSU.

4. **Wachstumsferne.** – Lehnen das Wachstumsparadigma ab, aber ‚aus dem Bauch heraus': Sie können oder wollen diese Ablehnung nicht argumentativ begründen. Diesen Typ fanden wir dreimal vor (bei SPD und Linken).

5. **Das Wachstum Hinnehmende.** – Akzeptieren das Paradigma (meist als „Ziel an sich"), allerdings ohne jede Emphase oder gar inhaltliche Auseinandersetzung; ihnen ist das ganze Thema eher fremd.

[14] Hierunter zählten wir ordentliche Mitglieder der Ausschüsse Wirtschaft und Energie, Haushalt und Finanzen. Ein MdB war Mitglied sowohl im Umwelt- wie im Wirtschaftsausschuss und wurde daher doppelt eingeordnet.

[15] Außerdem waren, je nachdem was unter dieser Kategorie verstanden wird, 2–4 Inhaber von parlamentarischen Führungspositionen vertreten. Wir sprachen also überwiegend mit „einfachen Abgeordneten".

[16] Einzelne MdBs werden von uns mit zufälliger Geschlechtsangabe referiert und zitiert, um Rückschlüsse auf individuelle Interviewpartner zu erschweren.

Der Typus fand sich bei uns dreimal bei allen Parteien außer den Grünen.

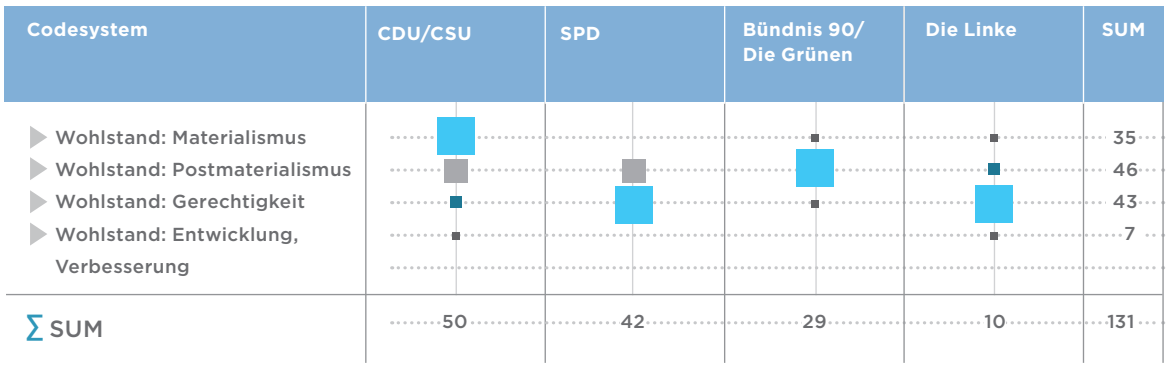
6. **Das Wachstum Einschränkende.** – Für sie ist Wachstum notwendig, aber „nicht jedes Wachstum". Sie stellen es unter Bedingungen, z.B. solche der Umweltverträglichkeit von Branchen oder der Stärkung schwacher Gesellschaftssektoren. Die fünf Vertreter dieses Typs fanden wir in allen Fraktionen.

Bei diesen Einstellungen ist es vor allem der *Grad der Reflexivität*, also der argumentativen Autonomie im Sich-Verorten zwischen verschiedenen Positionen, der anhand der Interviews klar feststellbar ist. Hoch reflexiv sind Typ 2, 3, und 6; besonders wenig reflexiv die Typen 4 und 5. Der Typ 1 hingegen ist nicht dogmatisch im Sinne einer pauschalen „Wachstum als Ziel"-Affirmation, wie wir sie in der Rhetorik der Bundestagsdokumente ausmachten, sondern eher in dem einer pauschalen Ablehnung von Wachstumskritik. Eine *Reproduktion* des Dogmas – wie in den Dokumenten – erfolgt am ehesten durch den Typ 5. Unsere Interviewpartner sind also in ihren verschiedenen Einstellungen zum Wachstumsthema viel reflexiver und differenzierter, als dies ein Blick auf die Texte ihrer parlamentarischen Alltagspraxis vermuten lassen würde.

Einen Grund für diese Differenziertheit können wir in den postmaterialistischen und gerechtigkeitsorientierten Wohlstandsauffassungen ausmachen, welche bei fast allen Interviewpartnern eine Rolle spielen, wenn auch in unterschiedlicher Stärke. Da wir über das Thema Wohlstand mit den Parlamentariern noch etwas intensiver gesprochen haben als über den Aspekt Wachstum, können wir hier ein paar Tendenzen ausmachen, die einen Zusammenhang mit der Parteizugehörigkeit vermuten lassen (Abb. 5) – aber durchaus auch mit der fachpolitischen Zugehörigkeit des MdB (Abb. 6). Die Zusammenhänge mit den ideologischen ‚Profilen' der Parteien sind intuitiv durchaus einleuchtend, ebenso die der sozial- bzw. umweltpolitischen Ausrichtung mit den Schwerpunkten Gerechtigkeit und Postmaterialismus. Unter „Gerechtigkeit" sind hier Aussagen begriffen, in denen bezüglich Wohlstand z. B. die Einkommens- und Vermögensverteilung für ausschlaggebend erachtet wird,[17] der Zugang zu Gesundheit, Bildung, Wahlen etc., die Chance auf Teilhabe an verschiedenen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens – in einem Fall sogar an der Diskussion zu Wohlstand selbst:

> *„Wohlstand ist einfach, individuell betrachtet, ein sehr vielfältiges Thema, und wenn sich Politik der Wohlstandsdefinition nähert, sollte sie genau das auch im Blick haben, dass Wohlstand eben nicht rein materieller Wohlstand bedeutet, sondern ein in der Gesellschaft mit den Menschen zu verhandelnder Begriff ist, bei dem die Politik den Auftrag hat, den Rahmen so zu gestalten, dass Menschen ihr Glück machen können. Das ist meine Grundhaltung dazu."* (Sozialpolitikerin, Koalition)

[17] Die Ungleichheits-Dimension kann im politischen Raum dem Wachstumsthema – je nach konjunktureller Gesamtlage – durchaus Konkurrenz machen. Fanden in der 15. Legislaturperiode noch ca. 60 % aller Bundestagsabgeordneten das Wachstum wichtiger als die Verringerung sozialer Ungleichheit und die Sanierung der Staatsfinanzen, so dominierte in der 17. Legislaturperiode das Thema Ungleichheit mit über 50 % Zustimmung die anderen beiden Politikziele (Best et al. 2010: 12). Der Umstand, dass Wachstum Verteilungskämpfe entschärft, ist u. E. für den Aufstieg des Paradigmas entscheidend (zur bundesdeutschen Debatte der Fünfzigerjahre vgl. Knauß 2016: 47ff.), wird aber sowohl im offiziellen Diskurs wie auch in den Interviews mit den Parlamentariern als Zweck-Mittel-Verhältnis der Reflexion kaum je zugänglich. Ausnahmen bestätigen die Regel, so wenn ein MdB die Meinung, Wachstum sei eher ein Ziel als ein Mittel von Politik, genau mit der o.g, Mittelhaftigkeit (!) begründet; schließlich sei man, *„um das Rädchen am Laufen zu halten, auf wachsendes Volumen angewiesen. Wenn die Steuereinnahmen mal nicht mehr steigen, ist es schwierig, in der Spur zu bleiben politisch […]"* (Wirtschaftspolitiker, Koalition).



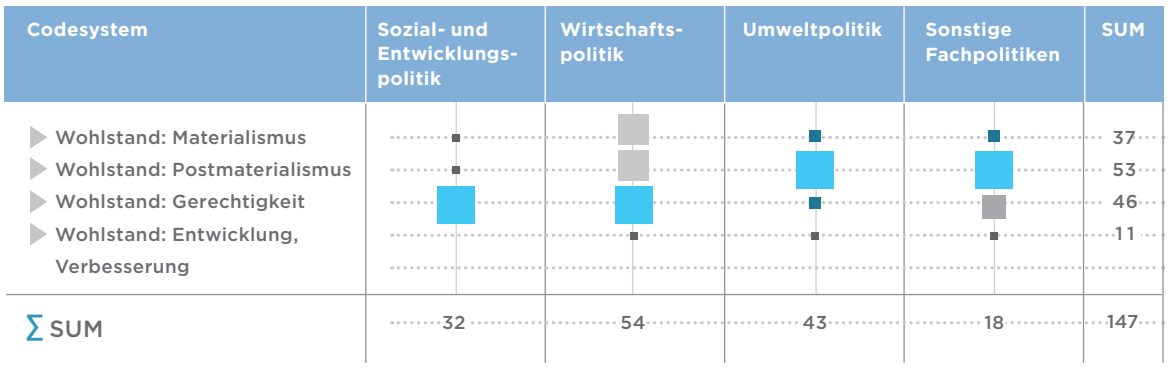
Hinweis: Dargestellt wird die Anzahl der Codings

Abbildung 5: Wohlstandsauffassungen der befragten MdBs nach Partei

Quelle: Abgeordneten-Interviews Deutscher Bundestag 2015/16

Die eben zitierte Passage ist natürlich auch mit postmaterialistischen Kategorien *strictu sensu* zweitcodiert: Glück und Entscheidungsfreiheit. Mit diesen und anderen postmaterialistischen Werten wie Bildung und Umwelt zeigen die Verteilungs-Codings oft Überlappungen, gleichwohl sie im Text ein so starkes Eigengewicht und vor allem auch Bezüge zu materialistischen Aspekten wie den *basic needs*, der Gesundheit oder der Sicherheit, dass sie einen eigenen Cluster formen. Unter den Materialismus- bzw. Postmaterialismuscluster haben wir ebenfalls Äußerungen subsumiert, welche das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als (teilweise) geeigneten bzw. nicht geeigneten Wohlstandsindikator beschreiben, wobei beides in sehr reflektierten Äußerungen – ganz im Sinne des Enquete-Berichts – auch ineinandergreifen kann:

„Natürlich ist der Wohlstand in einer gewissen Weise korreliert mit dem Bruttoinlandsprodukt. Zum einen – so wie wir oder unsere Gesellschaft ihn auch momentan begreift. Darüber hinaus sind aber weitere Indikatoren notwendig. Also als Beispiel – ganz interessant – die Indikatorenberichte der Bundesregierung bezüglich der Nachhaltigkeitsstrategie... also das geht sicher auch letztlich um Sicherheit, um ein ökologisches Umfeld, das dann Auswirkungen auch auf die Gesundheit hat, auf die medizinische Versorgung... also Wohlstand umfasst sicher viele Dimensionen und (..) ist letztlich auch, ja, in seiner Ausprägung – glaube ich –, so wie wir ihn in der westlichen Welt verstehen, auch in so einer gewissen Maslowschen Pyramide zu sehen, wo zuerst einfach die Grundbedürfnisse physischer Art abgedeckt werden und dann darüber hinausgehende.“ (Wirtschaftspolitikerin, Koalition)



Hinweis: Dargestellt wird die Anzahl der Codings

Abbildung 6: Wohlstandsauffassungen der befragten MdBs nach fachpolitischer Spezialisierung

Quelle: Abgeordneten-Interviews Deutscher Bundestag 2015/16

Interessanterweise sind es gerade die MdBs, die in wirtschaftspolitischen Ausschüssen arbeiten, die einerseits die materiellen Aspekte des Wohlstands am stärksten gewichten, andererseits die anderen, von Umwelt- und Sozialpolitikern stärker ins Feld geführten Aspekte durchaus auch anerkennen. Diese Juxtaposition von Wohlstandsaspekten, die durch eine Ausweitung des gesamten Güter- und Dienstleistungsaufkommens direkt zu verbessern sind, und solchen – wie Umweltqualität oder eben Verteilung von Leistungen – für die dies nur eingeschränkt gilt, tritt in unseren Gesprächen stark hervor, während sie sich in den Bundestagsdokumenten im Zusammenhang mit Wachstum sehr selten findet: Lebensqualität oder sozialer Zusammenhalt als mit Wachstum gleichrangige Ziele tauchen dort nur vereinzelt auf, während die prominente Kategorie „Arbeitsplätze als gleichrangiges Ziel" offen lässt, ob damit eher auch Teilhabe- oder gar Sinnfindungs- oder bloß Aspekte des materiellen Auskommens für die Arbeitenden zu assoziieren sind.

Auf die Frage nach der *Relevanz* dieser im Vergleich zum ‚offiziellen' Diskurs sehr differenzierten Einstellungen der MdBs wird in Abschnitt 5 dieser IASS Study zurückzukommen sein. Keinesfalls kann natürlich davon ausgegangen werden, dass sich solche Einstellungen direkt in parlamentarisches Sprechen und Handeln umsetzen. Anhand unseres eigenen limitierten Samples können wir z.B. beobachten, wie eine unserer reflexivsten Interviewpartnerinnen – die oben zitierte Wirtschaftspolitikerin einer Koalitionspartei – in einer Plenardebatte mehrfach der pauschalen Idee „Wachstum als Ziel" Tribut zollt und ihre gesamte Rede ausschließlich Fragen nach der Angemessenheit bestimmter Mittel, z.B. einer bestimmten Lohnpolitik, zur Erreichung dieses Zieles ausrichtet. Da es bei dieser Plenardebatte keinen Gesetzesbeschluss zu begründen galt, kann man nicht von Abstimmungsdisziplin im engeren, wohl aber von Fraktionsdisziplin im weiteren Sinne sprechen: Neben auf einer ‚natürlichen' ideologischen Parteikohäsion wirken geteilte Normen und rationale Kalküle disziplinierend; Kohäsion und Disziplin zusammen führen dann später zu einer „Geschlossenheit" im Abstimmungsverhalten, die als funktional vorteilhaft für die Gesetzgebung beschrieben wird (vgl. Patzelt 2003, Fritzsche 2009: 664).

MdBs aber sind mehr als nur Lieferanten von notwendigen Mehrheiten. Nicht nur war es *de facto* in der Vergangenheit so, dass die ‚einfachen Abgeordneten' sich der Disziplinierung im Abstimmungsverhalten signifikant häufiger entzogen als die Inhaber von Führungspositionen (Becher und Sieberer 2008: 298-299). Auch für die Qualifizierung von Meinungen im Bundestag ist ihre Doppelrolle als Fachexperten und Öffentlichkeitskommunikatoren (vgl. Abschnitt 5) nicht wegzudenken. Von daher sind ihre Einstellungen, auch wenn sie an der Oberfläche des Parlamentsdiskurses nicht sichtbar werden, von Belang: als Innovationspotenzial und Reservoir für die Fähigkeit, auf Entwicklungen in der Gesellschaft zu reagieren. So sind denn auch Enquete-Kommissionen, in denen einzelne Abgeordnete der zweiten Reihe zuweilen sehr wichtig werden können, nicht zufällig als Versuch beschrieben worden, „das theoretische Konzept der Reflexion als Handlungsmaxime zu institutionalisieren" (Hampel 1991: 126). Und am Beispiel der Wachstums-Enquete der 17. Legislaturperiode ließ sich zumindest kursorisch beobachten, wie parteiunabhängig dieses Moment der Reflexion bis ins Bundestagsplenum vordrang (Willemsen 2015: 260–263).

Der MdB – dies wurde in Abschnitt 1 bereits angedeutet – gehorcht als einzelner Akteur den Zwängen der Politik als Beruf, in der Positionen und Ämter mitverhandelt werden und „von der Politik" gelebt wird. Wie diese Zwänge den Akteur und die kollektive Meinungsbildung in bestimmten Sachfragen beeinflussen und einschränken, ist gut erforscht; im folgenden Schaubild (Abb. 7) haben wir diese Einflüsse daher mit fetten Pfeilen markiert. Weniger detailliert untersucht ist, wie Sachlogiken der unterschiedlichen „policies" auf das politische Spiel im Parlament zurückwirken; ein zumindest erster Schritt hierzu wäre, auf der Individualebene die Unterschiede zwischen verschiedenen Ausschüssen in den Einstellungen zu übergreifenden Grundsatzfragen zu erfassen, was wir im Falle der MdBs (s. o.) und ihrer Mitarbeiter (s. 4.2.) getan haben.

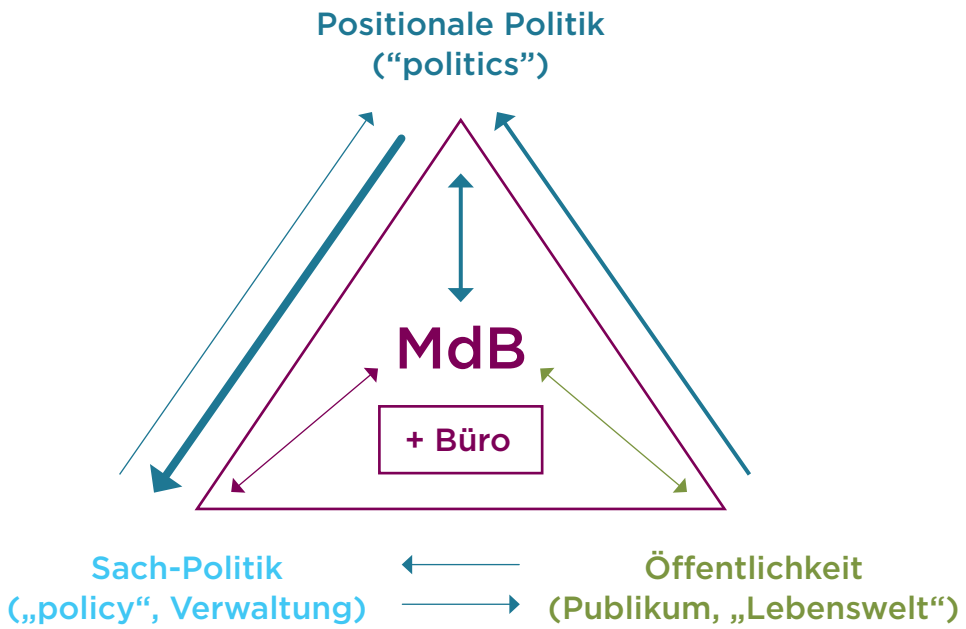


Abbildung 7: Die Parlamentarierinnen im politischen System

Quelle: Eigenes Schaubild

Ein interessantes Ergebnis unserer Parlamentarierinterviews ist zudem, dass der Umwelt-, aber auch der Haushaltsausschuss von den entsprechenden Mitgliedern als Gremien beschrieben wurden, in denen man sich auch *fraktionsübergreifend* wirklich verständigt – im Falle des Haushaltsausschusses ggf. sogar gegen eigene, auch mächtige Parteimitglieder. Der Wirtschaftsausschuss hingegen wurde geradezu als Proforma-Gremium beschrieben, in dem lediglich vorgefertigte Ergebnisse der fraktionellen Arbeitskreise durchgepeitscht werden. Der allgemeine Befund, dass „gute Stimmung im Ausschuss … dadurch erleichtert [wird], dass es weder die Notwendigkeit noch auch nur eine Wahrscheinlichkeit gibt, sich zu einigen“ (von Oertzen 2006: 239), wäre also zu differenzieren. Der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung wurde von beiden in ihm tätigen MdBs (einem aus der Koalition, einem aus der Opposition) als Ort der parteiübergreifenden Vernetzung und Diskussion beschrieben, mit einer entsprechenden „Sonderstellung“.

Wie aber gestaltet sich das Verhältnis zur Öffentlichkeit als drittem ‚Player‘ im politischen System (Luhmann 2011: 40ff.), der zugleich mehr ist als bloß ein Player, nämlich ein Bereich der seiner eigenen, „lebensweltlichen“ Rationalisierung gehorcht (vgl. Habermas 1995: II/229-232)? Dies ist, wenn man wie wir an Reflexivität interessiert ist, die interessanteste Frage. Auch hierzu gibt es in der Parlamentarierforschung natürlich empirische Arbeiten, die z. B. zeigen, welche Interessenverbände und Wissenschaftler verschiedene Ausschüsse konsultieren (Dhungel und Linhart 2014) – was im Schaubild dem unteren, linksgerichteten Pfeil entspräche – oder dazu, wie Parlamentarierinnen interpersonale Kontakte gegenüber medial aufbereiteten Informationen gewichten (anhand des Europaparlaments Marcella et al. 1999). Dieses letztere entspräche bereits dem grünen Pfeil in unserem Schaubild, und ihm haben wir einen wesentlichen Teil unseres Leitfadens gewidmet.

An dieser Stelle beschränken wir uns darauf, in puncto außerparlamentarische Kommunikation in aller Kürze festzuhalten, dass die interviewten MdBs

- oft sehr medienkritisch sind (z. B. weil sie Zusammenhänge zerreißen), gleichzeitig aber die Unentrinnbarkeit von **Medien** als Spiegel und auch „Treiber“ ihrer Alltagspraxis anerkennen,

- ein breites Spektrum zwischen Nähe und Distanz zur **Wissenschaft** aufweisen, wobei speziell Ökonomen oft wahr-, aber selten beim Wort genommen werden;

- **interpersonale Kontakte** sowohl zu Verbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen, natürlich dem Wahlkreis, aber partiell auch zu den Medien und in die Wissenschaft tendenziell stärker gewichten als schriftliche Dokumente jeder Art;

- und dass bei diesen Kontakten sowohl **Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerorganisationen** eine außerordentlich wichtige Rolle spielen.

Der letztgenannte Punkt bestätigt etwas, das sich, besonders im Hinblick auf Arbeitnehmerverbände, auch bei den repräsentativen Jenaer Parlamentarierstudien der Jahre 2010 und 2006 gezeigt hat. Auf die Frage nach den „beiden wichtigsten Verbände[n], Organisationen oder Interessengruppen, an die Sie sich wenden, wenn Sie in einer Entscheidungssituation schnell verlässliche Informationen benötigen", nannten hier die meisten MdBs eine Gewerkschaft – mit beträchtlichem Abstand vor Berufs- bzw. Wohlfahrtsverbänden (Vogel 2014: 4, 13). Für kritische Fragen nach Wachstum und Wohlstand enthält dies die simple Lehre, dass an den Gewerkschaften vorbei eine Kommunikation in den Bundestag hinein kaum möglich, auf keinen Fall jedoch erfolgreich werden dürfte.[18]

Ein spezielles Interesse in Bezug auf Kommunikations- und Informationsverhalten der Parlamentarier, und wie Öffentlichkeit dadurch ‚vermittelt' wird, galt in unserer Studie indes ihrer alltäglichen Umwelt, die wir im Schaubbild der Abb. 7 mit einem Kreis gekennzeichnet haben: dem Abgeordnetenbüro. Während dem Einfluss der *Fraktions*mitarrinnen auf die Meinungsbildung im Bundestag bereits einzelne Studien gewidmet worden sind (z. B. Schöne 2010b), ist dies in Bezug auf die *Büro*mitarbeiterinnen – mit einer Ausnahme (Bröchler und Elbers 2001: 27) – nicht der Fall. Dies ist insofern erstaunlich, als diese Mitarbeiterinnen im engen und ständigen Kontakt mit dem MdB sind. Mit ihnen beschäftigt sich der nächste Unterabschnitt der IASS Study.

4.2. … und was ihre Mitarbeiter dabei für eine Rolle spielen

Unsere Studie begreift das MdB-Büro als parlamentarisches Subsystem, innerhalb dessen Parlamentarierinnen ihre Interessen formen. In diesem Subsystem, das über vielfältige Kanäle mit der medialen und lebensweltlichen Öffentlichkeit verbunden ist, vermuten wir Reflexivität. Die Mitarbeiter der MdBs gestalten diesen Raum mit. Indem sie die Abgeordneten im politischen Alltag organisatorisch, sowie auch inhaltlich unterstützen, begleiten sie parlamentarisches Handeln. Wie stark ihr Einfluss auf den Meinungsbildungsprozess der MdBs tatsächlich ist und ob das Wissen sowie die Einstellungen der Mitarbeiter eine Quelle für die Reflexivität der Abgeordneten sein können, wird in unserer Studie aus zwei Wahrnehmungsperspektiven erforscht: aus jener der MdBs, sowie aus jener der Mitarbeiter selbst.

4.2.1. Methodisches

Die Leitfadeninterviews mit den Abgeordneten wurden durch eine standardisierte, selbstadministrierte Mitarbeiterbefragung ergänzt. Die Mitarbeiterinnen beantworteten Fragen zu ihrem Berufsalltag, zu ihrer Einstellung zum Wirtschaftswachstum im Spannungsfeld von Umwelt und Sozialem, sowie zu ihrem Informations- und Kommunikationsverhalten. Dazu wurden Fragen teilweise neu entwickelt und vorab in einem Pre-Test auf ihre Eignung überprüft, teilweise wurden Fragenbatterien aus anderen Studien verwendet. Der maschinenlesbare Papierfragebogen wurde mit der Open-Source-Software „LaTeX" programmiert und mit Hilfe des Zusatzprogramms „AMC" der Datensatz generiert. Die Grundgesamtheit entspricht allen Mitarbeiterinnen des Deutschen Bundestages der 18. Legislaturperiode, die zum Zeitpunkt der Befragung (November 2015 bis Januar 2016) an ihrem Arbeitsplatz im Bundestag anwesend waren. Für die Auswahlliste wurde der Meta-Datensatz über die Abgeordneten mit der für diesen Zeit-

[18] Insofern ist hierfür die Distanz zwischen den Bereichen „Umwelt" und „Soziales" bedenklich. Im Informationsverhalten zeigt sie sich darin, dass zu den Ausschüssen, die keine reguläre Kommunikation mit Gewerkschaften führen, der Umwelt- und der Verkehrsausschuss gehörten (Dhungel und Linhart 2014: 757f.). Für das individuelle Informationsverhalten der entsprechenden Ausschussmitglieder lässt sich dieses Defizit gemäß Jenaer Parlamentarierstudie zunächst nicht bestätigen, jedoch fällt hier auf, dass justament die tendenziell wachstumskritischen Grünen sich signifikant weniger an Gewerkschaften wenden als SPD und Linke (Vogel 2014: 15).

punkt aktuellen Namensliste der Mitarbeiterinnen in den MdB-Büros zusammengeführt. Auf Grundlage dieser Auswahlgesamtheit von 2166 Mitarbeitern wurde eine Zufallsstichprobe von 870 Mitarbeitern gezogen. Entsprechend der *Tailored Design Method* wurden die ausgewählten Mitarbeiter zunächst in einem Ankündigungsschreiben auf die Befragung aufmerksam gemacht, bevor zwei Wochen später postalisch der Fragebogen mit einem Anschreiben und der Bitte, um eine Teilnahme versandt wurden. Nach der Weihnachtspause folgte im Januar 2016 eine Erinnerungspostkarte mit dem Hinweis, den Fragebogen auch online ausfüllen zu können, falls der Papierfragebogen nicht mehr zur Verfügung steht. Insgesamt liegt die Teilnahmequote bei 29 %. Da Männer sowie Mitarbeiter aus CDU/CSU-Büros in der realisierten Stichprobe überrepräsentiert sind, wird für die Analyse von Fragestellungen, die das Geschlecht der Mitarbeiter oder die Fraktionszugehörigkeit der Abgeordneten betreffen, eine Gewichtung vorgenommen. Eine ausführliche Darstellung der verwendeten Methoden sowie zur Datenqualität wird im Methodenbericht zur Studie zufinden sein.

4.2.2. Die Bedeutung der Mitarbeiter im MdB-Büro

Um die Bedeutung der Büro-Mitarbeiterinnen[19] aus Sicht der Abgeordneten zur erfassen, haben wir die 17 MdBs gefragt, *„Worauf legen Sie Wert, wenn Sie Büro-Mitarbeiter einstellen?“* Die Analyse der Interviews zeigt, dass die Abgeordneten ihre Erwartungen an ihre Mitarbeiter aus deren Aufgaben im parlamentarischen Alltag des MdB-Büros ableiten.

Zu diesen Aufgaben gehört zu allererst die Informationsbeschaffung, die über Recherchearbeit aber auch über Netzwerkpflege zu Fraktionsmitarbeiterinnen und Ministerien erfolgt. Im Zusammenhang mit diesem Aufgabenbereich steht das Bedürfnis nach analytisch denkenden und sich selbstständig in wechselnde Themengebiete einarbeitenden Mitarbeiterinnen. Gegenüber diesen Fähigkeiten sind Vorkenntnisse in Form von Fachexpertise aus Sicht der MdBs sekundär.

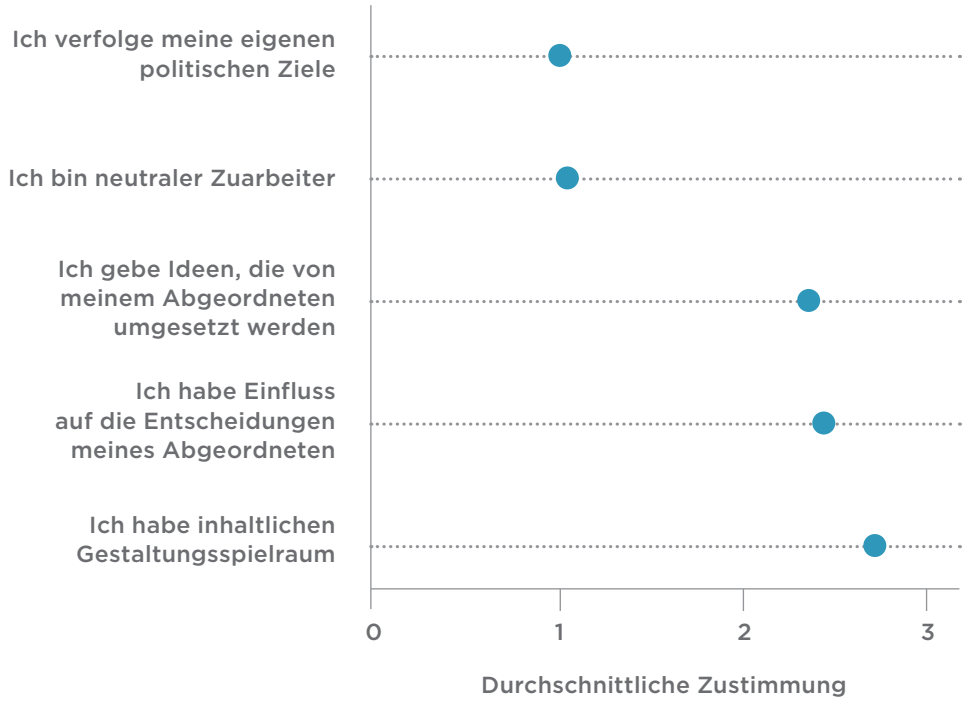
> *„Es geht mir gar nicht so sehr um die Abschlussnoten. Es geht mir darum, dass derjenige oder diejenige eine gute Auffassungsgabe hat für das, was ich da tue, sich einarbeiten kann in Themen. Er muss nicht Spezialist sein in meinem Bereich, aber er muss bereit sein, Spezialist zu werden.“* (Umweltpolitiker, Koalition)

Die Mitarbeiterbefragung bestätigt diesen Befund. Als zweithäufigste Tätigkeit im politischen Alltag wurde die *„Aufarbeitung medialer Informationen“* angegeben. Auf die Frage *„Welche der folgenden Qualifikationen kommen Ihnen für Ihre berufliche Tätigkeit im Bundestag besonders zugute?“* antwortete die überwiegende Mehrheit mit „Kommunikationsfähigkeit“ und „Analytisches Denken“; „Fachwissen“ hingegen rangiert auf Platz 5 hinter diesen Kategorien sowie „Tagespolitische Informiertheit“ und „Flexibilität“. Als weiterer wichtiger Aufgabenbereich obliegt den Büro-Mitarbeiterinnen die **Öffentlichkeitskommunikation**. Diese Tätigkeit wird nicht nur in den MdB-Interviews häufig genannt, auch die Mitarbeiterbefragung zeigt, dass das „Schreiben von öffentlichen Stellungnahmen“ zu den Schwerpunkten der täglichen Arbeit der Büro-Mitarbeiter gehört. Daher ist es plausibel, dass einige der interviewten MdBs bei der Einstellung von Mitarbeitern darauf achten, dass diese gut schreiben können oder aber „offen für Menschen“ sind. Einige MdBs berichten explizit, dass ihre Mitarbeiter an der **Entwicklung politischer Positionen mitwirken**. Vermutlich ist dies der Grund dafür, dass nicht wenige der Interviewten „politisch interessierte“ Mitarbeiterinnen mit gefestigter, persönlicher Einstellung präferieren. Sieben der 17 interviewten Abgeordneten berichten, dass sie eine konstruktiv, kritische Haltung ihrer Mitarbeiter durchaus zu schätzen wissen.

> *„Also Schulterklopfer brauche ich nicht. Dann kann ich mich nicht verändern. Dann merke ich auch nicht, welche Fehler ich gemacht habe.“* (Entwicklungspolitiker, Koalition)

> *„Das heißt aber nicht, dass ich konformistische Mitarbeiter will, sondern durchaus kritische Mitarbeiter, die auch Dinge hinterfragen und auch ihre eigenen Ideen einbringen.“* (Wirtschaftspolitikerin, Koalition)

[19] Auch in diesem Abschnitt verwenden wir den Genus alternierend und meinen das jeweils andere Geschlecht immer mit; nur am Ende (S. 30) wird dezidiert über weibliche Mitarbeiterinnen gesprochen.



Hinweis: nur Referentinnen; n=173

Abbildung 8: Selbstzugeschriebener Einfluss der Referentinnen auf Abgeordnete

Quelle: Mitarbeiterbefragung Deutscher Bundestag 2015/16, eigene Darstellung

Aber nicht nur einige der Abgeordneten, sondern vor allem auch die Mitarbeiter schreiben sich einen nicht unerheblichen Einfluss ihrer Person auf die inhaltliche Ausgestaltung der parlamentarischen Arbeit zu.

Wie Abbildung 8 zeigt, sehen sich die Referenten der Befragung weniger als „neutrale Zuarbeiter" denn vielmehr als diejenigen, die „Einfluss auf die Entscheidung der Abgeordneten" haben. Zudem scheint ein „inhaltlicher Gestaltungsspielraum" selbstverständlich. Zu einem ähnlichen, jedoch weniger prononcierten Ergebnis kommen Bröchler und Elbers in ihrer Mitarbeiterstudie aus dem Jahr 2001. Sie beschreiben das Selbstverständnis der Büro-Mitarbeiter als „moderat-aktiv", indem diese „selbstständig arbeiten, dabei Ideen entwickeln, mit denen sie die Entscheidungen des Abgeordneten zu beeinflussen meinen" (Bröchler und Elbers 2001 : 27). Mitarbeiterinnen sowie Abgeordnete bestätigen, dass neben der inhaltlichen Arbeit vor allem auch organisatorische Aufgaben zu erledigen sind. Nicht selten liegt die Terminkoordination völlig in den Händen der Mitarbeiter. In vielen Interviews sagten die MdBs, dass sie ihre Büros stark arbeitsteilig organisieren, so dass die fachlichen und organisatorischen Zuständigkeiten der Mitarbeiterinnen klar definiert und voneinander getrennt sind. Damit die Zusammenarbeit innerhalb des MdB-Büros funktioniert, ist für einen Großteil der MdBs „Teamfähigkeit" ein wichtiges Kriterium der Mitarbeiterbewertung. Die Forderung nach Teamfähigkeit zielt nicht nur darauf ab, dass sich die Mitarbeiter untereinander selbstständig koordinieren. Einige MdBs beschreiben mit dieser Terminologie eine kollektiv-orientierte Arbeitsweise, bei der einzelne Mitarbeiter in der Lage sind, persönliche Bedürfnisse zugunsten eines gemeinsamen Ziels zurückzustellen.

Die Analyse zeigt, dass die Mitarbeiter in den Abgeordneten-Büros nicht nur indirekt, sondern auch direkt auf die politischen Aktivitäten der MdBs einwirken. Bei der Informationsbeschaffung, der schriftlichen Zuarbeit, sowie der organisatorischen Verwaltung des „Tagesgeschäftes" selektieren sie Informationen und koordinieren die Kontakte zu Wissensquellen. In der täglichen Interaktion mit den

Abgeordneten sind sie unmittelbar am parlamentarischen Handeln beteiligt und haben Einfluss auf die Politikgestaltung. Aufgrund dieser engen Zusammenarbeit innerhalb des MdB-Büros ist nachvollziehbar, dass als eines der wichtigsten Kriterien der Mitarbeiterauswahl die Möglichkeit zu einem loyalen, vertrauensvollen Arbeitsverhältnis genannt wurde.

> *„Das ist eine totale Vertrauensfrage, weil damit kann man auch unglaublich manipulieren. (...) Wenn bei mir die Tür zu ist, dann hat das einen guten Grund. Da will ich sozusagen mit meinen Leuten auch offene Worte reden können, ohne dass ich das hinterher mal irgendwann lesen darf oder muss.“* (Sozialpolitiker, Opposition)

Deutlich konnten wir in den MdB-Interviews beobachten, dass Vertrauen auf ideologischer und/oder persönlicher Nähe basiert. Beides ist nicht immer scharf zu trennen, der Tendenz nach aber überwiegt der persönliche Faktor. Wie ebenfalls schon Bröchler und Elbers (2001: 20) festgestellt haben, stellt für die meisten der MdBs eine Mitgliedschaft ihrer Mitarbeiterinnen in derselben Partei kein Auswahlkriterium dar – aber sie achten darauf, dass zumindest eine ähnliche Werteorientierungen bzw. ähnliche politische Vorstellungen existieren.

> *»Es sollte natürlich schon so ein gewisses unsichtbares Band auf der Werteebene vorhanden sein.“* (Wirtschaftspolitiker, Koalition)

Dass ideologisch rekrutiert wird, bestätigt sich insofern durch die Mitarbeiterbefragung, als die Parteineigung der Mitarbeiterinnen überwiegend der Fraktionszugehörigkeit ihrer Abgeordneten entspricht. Jedoch beschreiben neben dem Kriterium ähnlicher Wertevorstellungen auffällig viele der interviewten Abgeordneten, dass die Mitarbeiterauswahl schlussendlich eine emotionale Entscheidung ist:

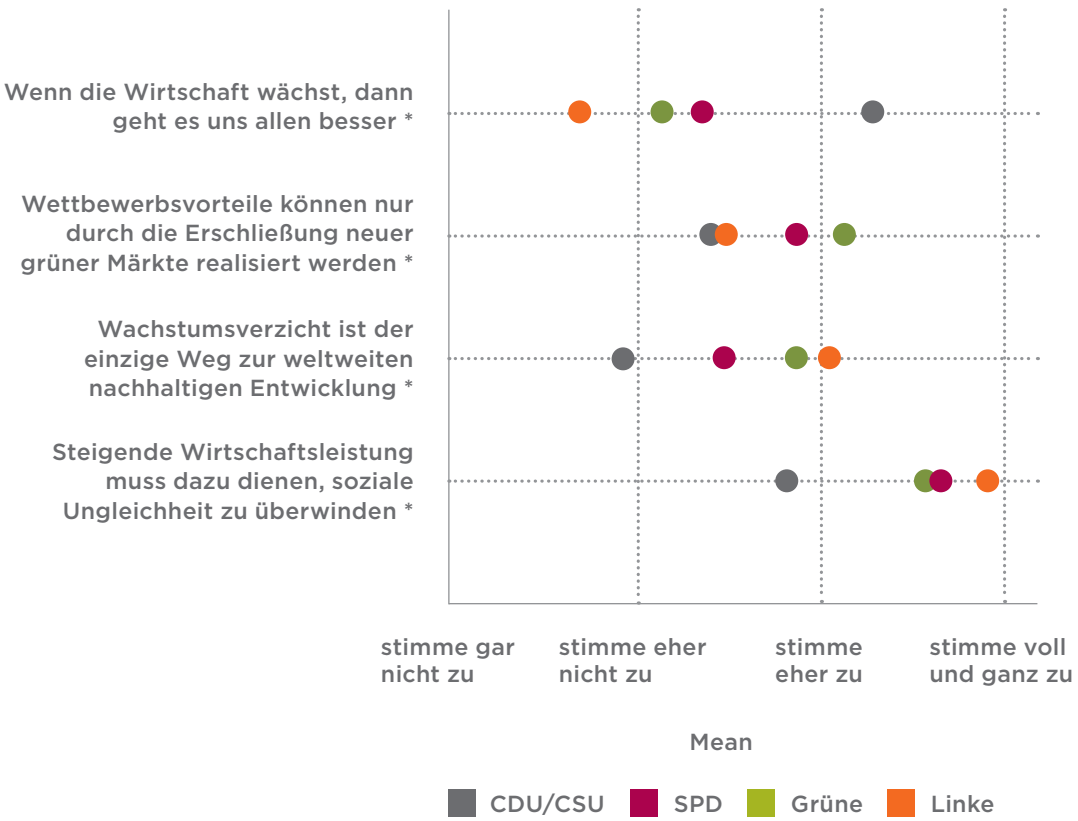
> *”Mit das Wichtigste ist die Chemie, also nennen wir es mal Bauchgefühl.“* (Finanzpolitikerin, Koalition)

Als Begründung dafür wird das „enge Verhältnis“ bzw. die lange Zusammenarbeit auf engem Raum angegeben. Diese enge, durch Vertrauen geprägte Zusammenarbeit in den MdB-Büros ist also einerseits von reproduzierenden Mechanismen – ideologische Nähe – aber auch vom freieren Moment einer lebensweltlich-persönlichen Bindung bestimmt. Der auf „Ähnlichkeit“ basierende Mitarbeiterauswahl gegenüber steht das Bedürfnis einiger Abgeordneter nach kritischen Mitarbeitern, die eine differenzierte und reflektierte Auseinandersetzung ermöglichen. Dass auf diesem Weg tatsächlich „Neues“ in die Politik gelangen könnte, insofern die Mitarbeiterin nicht bloß die Einstellungen ihres Abgeordneten reproduziert, zeigt der starke wahrgenommene Einfluss der Mitarbeiterinnen in der täglichen parlamentarischen Arbeit (s.o.).

Quer zum übermächtigen Einfluss der Fraktionen steht also der persönliche Erfahrungshorizont der Büro-Mitarbeiter. Doch unterscheiden sich diese in ihren Einstellungen tatsächlich von ihren Abgeordneten, so dass sie neue Ideen und Handlungsoptionen in die Politik einbringen? Um sich einer Antwort auf diese Frage zu nähern, haben wir die Mitarbeiter zu ihrer Einstellung gegenüber vier verschiedenen politischen Positionen zum Wachstumsmodell gefragt. Abbildung 9 zeigt die durchschnittlichen Zustimmungswerte der Mitarbeiter zu diesen Positionen gegliedert nach ihrer Parteineigung. Auffällig spiegeln ihre Antworten die Haltung der jeweiligen Fraktion. Das klassische Wachstumsparadigma wird deutlich von den Anhängern der CDU/CSU präferiert, wohingegen der Idee „grünen Wachstums“ besonders jene Mitarbeiter zustimmen, die bei der Bundestagswahl die Grünen oder die SPD wählen würden. Wachstumsverzicht ist eher eine Option für Mitarbeiter, die der gegenwärtigen Opposition zuneigen, und Einigkeit darüber, dass die steigende Wirtschaftsleistung zur Überwindung sozialer Ungleichheiten eingesetzt werden sollte, gibt es vor allem bei den Linken-, Grünen- und SPD-Affinen.

Insgesamt sind 83 Prozent der Befragten offen für eine „Debatte über alternative Wachstumskonzepte“ – ein bemerkenswerter Befund. Sie begründen dies oft inhaltlich, oft aber auch demokratietheoretisch, mit der Notwendigkeit von Pluralität:

> *»Debatten und Diskurse bringen demokratische Gesellschaften voran. Dadurch entwickeln sich Ideen und Innovationen, die Alternativen aufzeigen oder gar lebendig werden lassen.“* (Mitarbeiter eines Koalitions-MdBs)



Hinweis: n=221; * p < .05

Abbildung 9: Wachstumsbezogene Einstellungen der Mitarbeiter nach Parteineigung

Quelle: Mitarbeiterbefragung Deutscher Bundestag 2015/16, eigene Darstellung

Der starke Einfluss der Partei schränkt dieses reflexive Potenzial jedoch auch ein: Obwohl über die Fraktionen hinweg die Mehheit der Mitarbeiter der Notwendigkeit einer Debatte zustimmt, sind es bei den CDU/CSU-Affinen signifikant weniger.

Diese Beispiele machen deutlich, dass sich Mitarbeiterinnen in ihrer Haltung zu politischen Grundsatzfragen wohl kaum von ‚ihren' MdBs unterscheiden, ja vermutlich sogar als Proxy für die Einstellung der MdBs behandelt werden können. Die Ähnlichkeit ist unserer Auffassung nach weniger das Ergebnis ideologischer Vergemeinschaftung im Alltag des MdB-Büros als vielmehr die Folge der werteorientierten, emotional gesteuerten Auswahl der Mitarbeiter durch den MdB selbst, so dass der Einfluss der Partei auf den Meinungsbildungsprozess im MdB-Büro über die Person des Abgeordneten hinaus durch die Mitarbeiterinnen verstärkt wird. Obwohl die Mitarbeiter also zumindest in der Grundsatzfrage Wachstum kaum als ‚Challenger' der Abgeordneten fungieren dürften, stimmt uns ein weiterer Befund nachdenklich: *Die Zustimmung der CDU/CSU-affinen weiblichen Mitarbeiter zur grünen und zur sozialen Vorstellung von Wirtschaftswachstum sowie zur Notwenigkeit einer Debatte über Wachstumsalternativen ist signifikant höher als die ihrer männlichen Kollegen.*

Dieser Einfluss des Geschlechts auf die Einstellungen im Bundestag ist theoretisch nicht ganz einfach zu erklären. Zwar ist etwa in Bezug auf Umweltthemen schon öfter festgestellt worden, dass Frauen häufiger als Männer den Klimawandel als Problem ernst nehmen (für die US-Bevölkerung siehe Konisky et al.

2016: 542) bzw. sich ein stärkeres Engagement der Politik in diesem Bereich wünschen (für Deutschland Rückert-John et al. 2013: 20,22). Auch in ökonomischen Entscheidungssituationen agieren Frauen sozialorientierter (Eckel und Grossmann 1998). Ob jedoch hierfür eine spezifisch weibliche Ethik der Fürsorge [care] verantwortlich gemacht werden kann, scheint zweifelhaft (vgl. kritisch hierzu Juranek und Döbert 2002, bes. S.157f.), außerdem wäre für unsere Fragestellung auch nicht klar, ob überhaupt diese Dimension – der ökologischen Sorge – es ist, welche den Einfluss des Geschlechts auf die Wachstumsattributionen erklären kann. Die Ergebnisse der Studien zum White Male Effect, welche die unterschiedliche Risikowahrnehmung von Männern und Frauen thematisieren, sind ebenfalls relativiert worden. So sind es vor allem weiße Männer mit einer hierarchischen Weltanschauung (Kahan et al. 2007) beziehungsweise solche, die über ein hohes Vertrauen in Institutionen sowie Autoritäten und eine anti-egalitäre Einstellung verfügen (Slovic 1999), die Risiken als sehr niedrig einschätzen. Ein plausibleres Explanans könnte die empirisch in zahlreichen internationalen Erhebungen festgestellte höhere Tendenz von Frauen abgeben, Freihandel und offene Märkten zu misstrauen; beides ist anhand von US-Daten auf eine skeptischere Einstellung von Frauen zu Wettbewerb im allgemeinen zurückgeführt worden (Mansfield et al. 2015). Da Wirtschaftswachstum – auch in den von uns analysierten Bundestagsdokumenten – oft mit Freihandel und Wettbewerb in Verbindung gebracht wird,[20] könnte hier ein Erklärungsansatz liegen. Indes liegt zunächst keine rundum überzeugende Erklärung für die Wirkung des Faktors Geschlecht auf die Einstellungen zu Wirtschaftswachstum auf der Hand.

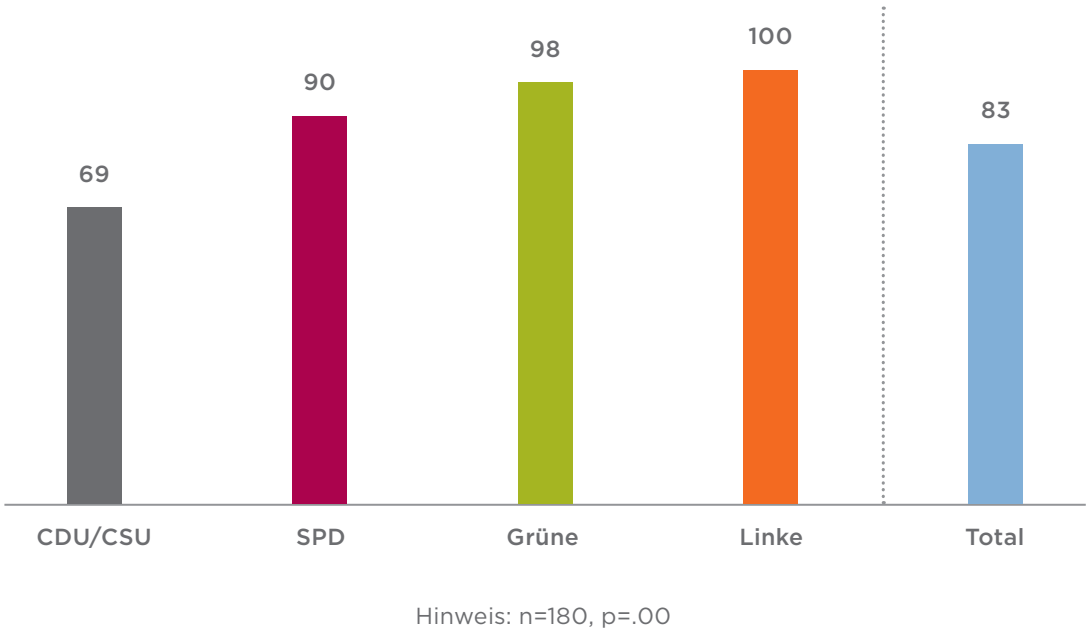


Abbildung 10: Zustimmung zur Notwendigkeit einer Debatte über alternative Wachstumskonzepte nach Parteineigung (in Prozent der Befragten)

Quelle: Mitarbeiterbefragung Deutscher Bundestag 2015/16, eigene Darstellung

[20] Im Textkorpus finden wir 25mal Wettbewerbsfähigkeit als mit Wachstum gleichrangiges Ziel angesprochen; 32mal werden Wettbewerb, offene Märkte etc. als Bedingung für Wachstum artikuliert. Außerdem fanden wir 46mal Hinweise auf das sog. Standort-Narrativ, das Wachstum als Notwendigkeit im Wettbewerb der Nationen anspricht und auf diese Weise rechtfertigt . (Damit scheint dieses Narrativ bzw. Framing übrigens präsenter im politischen Diskurs als in den Medien; vgl. Knauß [2016]: 149f.)

Wie auch immer es indes darum bestellt sein mag: Interessant für uns ist hier erst einmal, dass die Gender-Dimension sowohl quer zur ideologischen wie auch zur sachpolitischen Dimension liegt und einen klar *lebensweltlichen* Charakter trägt. Im Schema der Abbildung 7 korrespondieren solche Einflüsse dem grünen Pfeil – wobei wir hier nicht einen möglichen Einfluss des Faktors über die Sozialisation der Parlamentarierinnen selbst, sondern eben über die ihrer Mitarbeiterinnen betrachtet haben. Weitere Analysen des Datenmaterials zu nicht parteigebundenen Einflüssen auf die Einstellungen der Mitarbeiter stehen zu diesem Zeitpunkt noch aus, etwa bezüglich Alter, Bildung, Herkunft und Persönlichkeitstyp. Sie alle könnten zeigen, wie parlaments-externe Einflüsse in den Bundestag mit hineinwirken.

© Kuppel Bundestag/istock

5. Wie kommt das Neue in die Politik? Reflexivität vs. Reproduktion

Dieser letzte Abschnitt der IASS Study kommt auf die empirischen Befunde teilweise zurück, geht aber auch darüber hinaus. Wir wollen hier ein theoretisches Interesse formulieren, das hinter unserer Studie steht und mit dem künftige Untersuchungen durchgeführt und interpretiert werden können.

Die Einengung des Denkbaren durch ideologische Vergemeinschaftungen und die entsprechende Homogenisierung von Wissen und Einstellungen ist keine neue, nicht einmal eine spezifisch ‚moderne' Tatsache. Zurückverfolgen lässt sie sich im politischen Raum wohl mindestens bis auf Athen, wo Platon ja unter anderem auch mit dem Argument gegen die „Freunde der [politischen] Meinung", der *doxa*, polemisierte, sie verschlössen sich gegen das freie Denken und Lernen (Platon 2000: 479e–484b, 560c–d).[21] Im Falle des Deutschen Bundestages gibt es für den entsprechenden Einfluss der Parteizugehörigkeit auf die Willensbildung noch deutlich eindrucksvollere Belege als unsere, so etwa wenn im Fall von steuerpolitischen Diskursen ein klarer Zusammenhang nicht nur mit politischen Optionen, sondern auch mit Fakten-Wahrnehmungen (z. B.: Wandern Unternehmen ab oder nicht?) nachgewiesen werden kann (Heinemann und Janeba 2010). Eine unserer Interviewpartnerinnen drückt es so aus: Eigene Positionen zu hinterfragen, verlerne man eher in der politischen Arbeit als dass man es erlerne, denn:

> *„Gruppen streben immer nach einfachen, nach auch gemeinschaftlichen Wahrheiten, geben sich auch oft Selbstwahrheiten, und das ist in Gruppen wie Parteien oder Fraktionen nicht anders."* (Wirtschaftspolitikerin, Koalition)

Dass dies sich bis auf die schiere Wahrnehmung von Fakten erstreckt, die man dann durch Selektion der entsprechenden Quellen stärkt bzw. ausblendet, überrascht ebenfalls nicht und ist seit Leon Festingers Arbeiten über die kognitive Dissonanz, seit mehr als einem halben Jahrhundert also, psychologisches Gemeingut. Trotzdem sollte man diesen Umstand nicht schulterzuckend als *matter of fact* zur Kenntnis nehmen, denn hier liegt eine Gefahr für das politische Urteil in seiner Eigenart: Es muss und kann nur dort statthaben, wo die verschiedenen „Expertisen" auf dem Tisch liegen und die Politikerin abzuwägen, zu entscheiden, eben: zu *urteilen* quasi gezwungen ist (Arendt 2000: 333f.). Entzieht sie sich diesem Zwang durch das bloße ‚Beipflichten', ist die Qualität der Willensbildung in Gefahr. Dies gilt verstärkt im Hinblick auf politische Grundsatzfragen, die quer zu den bereits etablierten, in unserem Falle wirtschaftspolitischen, Konfliktlinien liegen.

Im Deutschen Bundestag gibt es derzeit nur eine Partei, nämlich Bündnis 90/Die Grünen, in deren parlamentarischem Diskurs das grundsätzliche Pro und Contra Wirtschaftswachstum, aber auch die verschiedenen Qualifizierungen und Modifikationen von Wachstum überhaupt eine Rolle spielen. Auf der anderen Seite gibt es seit geraumer Zeit Ansätze einer gesellschaftlichen Wachstums-Debatte, die von Bun-

[21] Im Gegensatz zum platonischen Schema finden sich solche Schließungen natürlich nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wissenschaft. In seiner Kritik an den Wirtschaftswissenschaften diagnostiziert Hans Christoph Binswanger (2011) etwa eine "Glaubensgemeinschaft der Ökonomen". Bezogen auf die Frage des Wachstums argumentiert Clive Hamilton (2004), dass in der Disziplin eine Fetischisierung des Wachstumsgedankens vorherrsche.

destagsabgeordneten und ihren Mitarbeiterinnen nicht nur wahrgenommen, sondern überwiegend auch begrüßt wird. Und in den individuellen Einstellungen zum Thema zeigt sich eine Differenziertheit, die durch Parteieinflüsse zwar überformt, aber keineswegs zerstört wird. Diese Differenziertheit, verstanden als Produkt der Fähigkeit, eine komplexe Sachlage autonom und unter Einbezug verschiedener Perspektiven politisch zu beurteilen, ist natürlich nicht unmittelbar funktional in dem Sinne, dass sie eine Entscheidung zu treffen hälfe, aber sie ist die Voraussetzung dafür, dass überhaupt ein rationaler(es) Entscheiden stattfinden kann bzw. dass der hinter dem Entscheiden stehende „Argumentationshaushalt" (Peters 2001: 657) sich erneuert und aktualisiert. Dazu braucht es den Einbezug von Öffentlichkeit, die Antizipation und Vergegenwärtigung anderer, pluraler Standpunkte und, wenn auch nur momentweise, eine gewisse „Unparteilichkeit" und Abstraktion von den eigenen Interessen (vgl. Arendt 1985: 58ff., 1994: 300). Wir nennen diese Differenziertheit und die dahinter stehende Fähigkeit in unserer Studie „Reflexivität".[22]

An dieser Reflexivität ist ein Großteil nicht nur der empirischen Forschung über Politik, sondern auch der Politik- und Sozialtheorie bemerkenswert wenig interessiert. Stattdessen beschäftigt sie sich vorzugsweise mit ihren Gegenteil, also mit dem, was man „Reproduktion" nennen kann: Reproduktion von Gruppenzugehörigkeiten und Systemeigenschaften, aber eben auch von legitimem Wissen, letztlich von Stabilität. Der ursprünglich kritisch auf das Bildungssystems gemünzte Begriff (Bourdieu und Passeron 1970) wird als solcher oft in Bezug auf kulturelle Phänomene wie Lebensstile verwendet; das mit ihm Gemeinte ist jedoch auch präsent, wenn Soziologen beobachten, wie die politische Relevanz von Themen „in internen Kommunikationsprozessen des politischen Systems aufgebaut, gesteigert und dann wieder diskreditiert [wird], ohne dass dem Veränderungen in der Umwelt genau entsprechen müssen" (Luhmann 2011: 33). Ebenso beschreibt er auch, wie sich politische Einzelakteure dem Mainstream immer wieder anpassen (Bourdieu 2001: 75, 95, 103). Im Fall von Parlamenten zeichnet die Forschung dann das Bild eines „Sauerteigs", in den irgendwie zwar immer Neues hinzukommt, durch die vorhandenen Strukturen, Mehrheiten, Gewohnheiten usw. dann aber gleich wieder ‚wegsozialisiert' und durch Konformismus ersetzt wird (von Beyme 2014:170).

Das Denken und Forschen über Politik fixiert sich also immer wieder gerade auf jene reproduktiven Strukturen, die autonomes politisches Urteilen und Reflexivität einhegen, eindämmen, gar blockieren. (In Bezug auf die Bundestagsforschung haben wir in den Abschnitten 1 und 4 entsprechende Studien bereits erwähnt und zitiert.) Dabei geraten die Quellen der Reflexivität, und damit möglicherweise auch des Neuen in der Politik, aus dem Blick. Sie zu suchen, hatten wir uns in dieser Studie anhand der Beispiele der Institution Bundestag und der politischen Grundsatzfrage Wirtschaftswachstum vorgenommen. Dabei konnten wir bei Parlamentarierinnen beobachten, dass sich in ihrem Denken, quasi ‚diesseits' ihrer eigenen Alltagspraxis – in der die Idee von Wachstum als Politikziel gebetsmühlenartig reproduziert und gegen abwägende Reflexionen im Sinne z.B. von „Wozu?" oder „Wieviel?" immunisiert wird –, ein unausgeschöpftes Reservoir von postmaterialistischen Wohlstandsauffassungen und entsprechenden Einschränkungen und Qualifizierungen von Wachstum findet.

Dieses Reservoir speist sich – mit möglicher Ausnahme der Grünen – nicht aus der prägenden Willensbildung und den Alltagskommunikationen in Partei und Fraktion. Ein gewisser Einfluss fachpolitischer Zugehörigkeiten zeichnet sich ab, insofern in bestimmten Ausschüssen eine Vergemeinschaftung der Parlamentarierinnen quer zu den Fraktionen erfolgt (Umwelt), wobei der Ausschuss, wo dies vermutlich am meisten der Fall ist (Haushalt), zu der hier spezifisch interessierenden Grundsatzfrage und zu Fragen nachhaltiger Entwicklung allgemein eine nur indirekte Affinität hat. Das entsprechende Sondergremium, der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung, bietet hier eine interessante Ergänzung, auch durch das in ihm etablierte Konsensprinzip. Es ist zu vermuten, dass hier – im Kontrast zum Haushaltsausschuss – gemeinsame Willensbildung

[22] Dabei beziehen wir uns teilweise auf Ulrich Beck (Beck et al. 2003: 27f., Beck und Lau 2005: 126–128), mehr noch aber auf Anthony Giddens, auch wenn dieser in politischen Zusammenhängen oft andere Begriffe wie Enttraditionalisierung verwendet, von der Abnahme blinden „Zutrauens" oder der Zunahme "aktiven Vertrauens" spricht (Giddens 1996: 319–321, 1997: 72–74). Die Gegenüberstellung von Reflexivität und Reproduktion verdanken wir Thomas Köhler (2001).

eben gerade nicht durch die Fülle, sondern durch die Abwesenheit von Entscheidungsgewalt ermöglicht wird. Eine Ausweitung der bloß „gutachtlichen" Funktionen des Gremiums und seine institutionelle Stärkung könnten, so wünschenswert sie unter funktionalen Gesichtspunkten der Nachhaltigkeitspolitik sein mögen (Petermann und Poetzsch 2012), mit dieser willensbildenden Funktion ‚abseits der Fraktionen' durchaus in Konflikt geraten. Für die Theorie stellt sich die Frage, ob neue Konsense eigentlich nur dort generiert werden (können), wo entweder sehr *viel* oder sehr *wenig* Entscheidungsgewalt konzentriert wird, und was dies für die Organisation von Parlamenten bedeutet.

Was die Öffentlichkeit als Einflussfaktor betrifft, so kann ein direktes ‚Durchschlagen' der Medienberichterstattung und -kommentare auf die Abgeordneten nicht vermutet werden: nicht im Sinne der Reflexivität, aber auch nicht im Sinne der Reproduktion. Die innere Vorsicht, die Abgeordnete gegenüber den für sie gleichwohl unabdingbar zentralen Medien an den Tag legen, ist hoch – ähnlich hoch wie die gegenüber politischen Äußerungen von Ökonomen. Weder der Wissenschaft noch der medialen Öffentlichkeit wird der stärkste Einfluss auf die eigene Meinungsbildung zuerkannt. Dieser Einfluss bleibt den persönlichen Kontakten vorbehalten – unter denen die mit Kollegen der eigenen Fraktion natürlich dominieren. Doch darüber hinaus geraten – neben dem alltäglichen Geschäft der Lobbygespräche und Konferenzen, der Wahlkreisarbeit und der Parlamentarierreisen – hier auch die Mitarbeiterinnen des MdB in den Blick.

Sie filtern einen Gutteil der Informationen aus Medien, aber auch aus wissenschaftlichen Publikationen für ihren MdB heraus und sind an der Kontaktpflege zu Politik und Gesellschaft mitbeteiligt. Die Mitarbeiterinnen nehmen eine Debatte in Bezug auf unsere politische Grundsatzfrage „teilweise" wahr und betonen mit großer Mehrheit, dass diese notwendig(er) wird. In Anbetracht dessen, dass sie den einzelnen MdB – und nur ihn – im professionellen Alltag stützen, dass sie quasi-familial mit ihm verbunden und somit Teil des „Korridors" sind, der ihn von so vielen, die auf ihn Einfluss nehmen wollen, abtrennt bzw. sie mit ihm verbindet, ist die Wichtigkeit ihrer kritischen Wahrnehmungen keinesfalls geringzuschätzen. Entsprechend selbstbewusst äußern sie sich denn auch über ihr eigenes Verhältnis zu den Entscheidungen der Abgeordneten.

Es ist eine interessante Frage, wie dieses Verhältnis gerade auch in Bezug auf die entscheidungsmächtigen Generalisten in parlamentarischen Führungspositionen einzuschätzen ist, bei denen die Bedeutung des „Korridors" ja tendenziell zunimmt (vgl. Schmitt 2012: 25ff.). Da wir selbst in dieser Studie vor allem mit „einfachen Abgeordneten" gesprochen haben, können wir lediglich sagen, dass der quasi-lebensweltliche Einfluss des Büros – des zwar mit der Fraktion eng verzahnten, aber von dieser nicht restlos durchdrungenen Alltags – weiterer Untersuchung wert ist. Eine Parlamentarierin ist immer sowohl Fach-„Expertin" als auch „Spezialistin für Responsivität", also für die Aufnahme von neuen und alten, vor allem auch verschiedenen Meinungen aus der breiten Öffentlichkeit (von Oertzen 2006: 85). Der durch die erstgenannte Rolle beförderte ‚Tunnelblick' kann durch die Rekrutierung der Mitarbeiter und die konkrete Art und Weise, wie sie ihre Filterfunktion ausgestalten, entweder verstärkt oder erweitert werden. Und in der zweiten Rolle übernehmen die Mitarbeiter womöglich Funktionen einer informellen Test- bzw. Ergänzungsöffentlichkeit, welche das Aufnehmen von verschiedenen Meinungen und damit Autonomie der Meinungsbildung befördern können.

Dass solche schwach, aber stetig sprudelnden Quellen des Neuen für sich genommen noch lange nicht garantieren, dass die „Responsivitätskette" nicht an späterer Stelle, z.B. an der Fraktions- bzw. Arbeitsgruppenhierarchie, abbricht (ebd.: 285), ist ebenfalls klar. Das Interessante an diesen Diskurs- und Informationsquellen ist aber, dass sie – obwohl sie zunächst einer rein funktionalen Notwendigkeit entsprungen sind – ein informelles Ferment in den parlamentarischen Alltag bringen, das weniger für das Entscheidungen-Treffen interessant sein könnte als für die – diesem vorgelagerte oder zu ihm parallele – Meinungsbildung. Von daher würde es die Mühe lohnen, die Linse der „Informalitätsforschung" nicht nur auf Prozesse und Akteure zu richten, die unmittelbar mit politischer Mitsteuerung, Kontrolle usw. betraut sind (siehe etwa Schöne 2014), sondern auch auf solche zu blicken, die es nicht sind. Allgemeiner gesprochen, ginge es darum, die „Lebenswelt" im politischen „System" selbst zu untersuchen und zu sehen, wie weit sie zur Reflexivität in diesem System beiträgt.

Literaturverzeichnis

Arendt, H. 1985. *Das Urteilen. Texte zu Kants Politischer Philosophie.* München: Piper.

- **1994 [1961].** Kultur und Politik. In: *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I.* München, Berlin, Zürich: Piper. 277–304.
- **2000 [1964].** „Was bleibt? Es bleibt die Muttersprache". Interview mit Günter Gaus. In: *Was bleibt, sind Fragen. Die klassischen Interviews.* Herausgegeben von G. Gaus. Berlin: Das Neue Berlin. 310–335.

Becher, M., U. Sieberer. 2008. Discipline, Electoral Rules and Defection in the Bundestag, 1983–94. *German Politics* 17/3: 293–304.

Beck, U., C. Lau. 2005. Theorie und Empirie reflexiver Modernisierung: Von der Notwendigkeit und den Schwierigkeiten, einen historischen Gesellschaftswandel innerhalb der Moderne zu beobachten und zu begreifen. *Soziale Welt* 56/2-3: 107–135.

Beck, U., W. Bonß, C. Lau. 2003. The Theory of Reflexive Modernization. Problematic, Hypotheses and Research Programme. *Theory, Culture & Society* 20/2: 1–33.

Bennett, W. L. 1990. Toward a Theory of Press-State Relations in the United States. *Journal of Communication* 40/2: 103–127.

Best, H., S. Jahr, L. Vogel. 2011. *Karrieremuster und Karrierekalküle deutscher Parlamentarier. In: Politik als Beruf. Neue Perspektiven auf ein klassisches Thema.* Herausgegeben von M. Edinger, W. J. Patzelt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 168–191.

Best, H., M. Edinger, D. Gerstenhauer, L. Vogel. 2010. *Jenaer Parlamentarierbefragung 2010. Dokumentation zum Deutschen Bundestag.* Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Binswanger, H. C. 2011. *Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen.* Hamburg: Murmann Verlag.

Bogumil, J., W. Jann. 2009. *Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland. Einführung in die Verwaltungswissenschaft.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bourdieu, P. 2001. *Das politische Feld: Zur Kritik der politischen Vernunft.* Konstanz: UVK.

Bourdieu, P., J.-C. Passeron. 1970. *La Reproduction. Éléments pour une théorie du système d'enseignement.* Paris: Les Éditions de Minuit.

Bröchler, S., H. Elbers. 2001. *Hochschulabsolventen als Mitarbeiter des Parlaments: Politikberater oder Bürohilfskräfte?* polis Nr. 52/2001. Hagen: Fernuniversität Hagen.

Deutscher Bundestag. 2013. *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft*". Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Dhungel, A.-K., E. Linhart. 2014. Interessenvermittlung in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45/4: 743–762.

Eckel, C. C., P. J. Grossmann. 1998. Are Women less selfish than Men?: Evidence From Dictator Experiments. *The Economic Journal* 108/448: 726–735.

Eckl, C. 2011. *Wie unabhängig von politischen Eliten sind die Printmedien? Eine Argumentationsanalyse von innen- und außenpolitischen Debatten in deutschen Qualitätszeitungen.* Berlin: Freie Universität.

Elze, M. 1972. „Dogma" In: *Historisches Wörterbuch der Philosophie. Band 2.* Herausgegeben von J. Ritter. Basel: Schwabe: 275–277.

Fritzsche, E. 2009. Innerfraktionelle Geschlossenheit im Spiegel der Politikwissenschaft. Stand der Forschung und notwendige Weiterführungen. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40/3: 661–682.

Giddens, A. 1996. Risiko, Vertrauen und Reflexivität. In: *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse.* Herausgegeben von U. Beck, A. Giddens, S. Lash. Frankfurt: Suhrkamp. 316–337.
■ **1997.** Konsequenzen der Moderne. 2. Auflage. Frankfurt: Suhrkamp.

Habermas, J. 1995 [1981]. *Theorie des kommunikativen Handelns.* Frankfurt: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.

Hamilton, C. 2004. *Growth fetish.* London: Pluto Press London.

Hampel, F. 1991. Politikberatung in der Bundesrepublik: Überlegungen am Beispiel von Enquete-Kommissionen. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 22/1: 111–133.

Heinemann, F., E. Janeba. 2010. Viewing Tax Policy Through Party-Colored Glasses: What German Politicians Believe. *German Economic Review* 12/3: 283–311.

ISG. 2011. *Studie zur Wahrnehmung und Berücksichtigung von Wachstums- und Wohlstandsindikatoren im Auftrag der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" des Deutschen Bundestages. Abschlussbericht.* Berlin.

Ismayr, W. 2012. *Der Deutsche Bundestag.* Dritte, völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Juranek, N., R. Döbert. 2002. *Eine andere Stimme? Universalien oder geschlechtsspezifische Differenzen in der Moral.* Heidelberg und Kröning: Asanger.

Kahan, D. M., D. Braman, J. Gastil, P. Slovic, C. K. Mertz. 2007. Culture and Identity – Protective Cognition: Explaining the White Male Effect in Risk Perception. *Journal of Empirical Legal Studies* 4/3: 465–505.

Kepplinger, H. M. 2007. Kleine Anfragen: Funktionale Analyse einer parlamentarischen Praxis. In: *Res publica semper reformanda. Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls. Festschrift für Heinrich Oberreuter.* Herausgegeben von W. J. Patzelt, M. Sebaldt, U. Kranenpohl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 304–319.

Kintz, M. 2014. Die Berufsstruktur des Deutschen Bundestages - 18. Wahlperiode. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45/3: 582–595.

Knauß, F. 2016. *Wachstum über alles? Wie der Journalismus zum Sprachrohr der Ökonomen wurde.* München: oekom.

Köhler, T. 2001. *Reflexivität und Reproduktion. Zur Sozialtheorie der Kultur der Moderne nach Habermas und Bourdieu.* Hannover: Offizin.

Konisky, D. M., L. Hughes, C. H. Kaylor. 2016. Extreme weather events and climate change concern. *Climatic Change* 134/4: 533–547.

Luhmann, N. 2011 [1981]. *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat.* Neuauflage. München: Olzog.

Mansfield, E. D., D. C. Mutz, L. R. Silver. 2015. Men, Women, Trade, and Free Markets. *International Studies Quarterly* 59: 303–315.

Marcella, R., I. Carcary, G. Baxter. 1999. The information needs of United Kingdom members of the European Parliament (MEPs). *Library Management* 20/3: 168–178.

Patzelt, W. J. 1999. What Can an Individual MP Do in German Parliamentary Politics? *The Journal of Legislative Studies* 5/3-4: 23–52.

■ **2003.** Party Cohesion and Party Discipline in German Parliaments. *The Journal of Legislative Studies* 9/4: 102–115.

Pennekamp, J. 2011. *Wohlstand ohne Wachstum: Ein Literaturüberblick.* MPIfG Working Paper 11/1. Köln.

Petermann, T., M. Poetzsch. 2012. *Nachhaltigkeit und Parlamente – Bilanz und Perspektiven Rio+20.* Berlin: Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB).

Peters, B. 2001. Deliberative Öffentlichkeit. In: *Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit.* Herausgegeben von L. Wingert, K. Günther. Frankfurt: Suhrkamp. 655–677.

Platon. 2000 [zwischen 387 und 367 v. Chr.]. *Der Staat.* Stuttgart: Reclam.

Rückert-John, J., I. Bormann, R. John. 2013. *Umweltbewusstsein in Deutschland 2012. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage.* Berlin und Marburg.

Schmelzer, M. 2015. The growth paradigm: History, hegemony, and the contested making of economic growthmanship. *Ecological Economics* 118: 262–271.

Schmitt, C. 2012 [1954]. *Gespräch über die Macht und den Zugang zum Machthaber.* Zweite Auflage. Stuttgart: Klett-Cotta.

Schöne, H. 2010a. *Alltag im Parlament. Parlamentskultur in Theorie und Empirie.* Baden-Baden: Nomos.

- **2010b.** Ungewählte Repräsentanten? Aufgaben, Selbstverständnis und Karrieren von Fraktionsmitarbeitern im Deutschen Bundestag. In: *Analyse demokratischer Regierungssysteme*. Herausgegeben von K. H. Schrenk, M. Soldner. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 321–334.
- **2014.** Informalität im Parlament: Forschungsstand und Forschungsperspektiven. In: *Informelle Politik. Konzepte, Akteure und Prozesse.* Herausgegeben von S. Bröchler, T. Grunden. Wiesbaden: Springer VS. 155–175.

Siefken, S. T. 2010. Parlamentarische Frageverfahren - Symbolpolitik oder wirksames Kontrollinstrument? *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 41/1: 18–36.

Slovic, P. 1999. Trust, Emotion, Sex, Politics, and Science: Surveying the Risk-Assessment Battlefield. *Risk Analysis* 19/4: 68–701.

Smulders, S., M. Toman, C. Withagen. 2014. Growth theory and 'green growth'. *Oxford Review of Economic Policy* 30/3: 423–446.

Vogel, L. 2014. Sonderauswertung MdB der Jenaer Parlamentarierbefragung für das IASS. Universität Jena, unveröffentlicht.

von Beyme, K. 2014. *Die parlamentarische Demokratie. Entstehung und Funktionsweise 1789–1999.* 4. Auflage. Wiesbaden: Springer.

von Oertzen, J. 2006. *Das Expertenparlament. Abgeordnetenrollen in den Fachstrukturen bundesdeutscher Parlamente.* Studien zum Parlamentarismus. Baden-Baden: Nomos.

WBGU. 2011. *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation.* Berlin: Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen.

Willemsen, R. 2015. *Das Hohe Haus*: Ein Jahr im Parlament. 2. Auflage. Frankfurt: Fischer Taschenbuch.

Wimmel, A. 2015. Die Ausschüsse des Bundestages in der Euro-Krise. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 46/2: 349–370.

Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) e. V.

Das 2009 in Potsdam gegründete Institut für Nachhaltigkeitsstudien ist zugleich eine international vernetzte Forschungseinrichtung und ein transdisziplinär arbeitender Thinktank. Ziel des mit öffentlichen Mitteln geförderten Instituts ist es, mit seiner Spitzenforschung Entwicklungspfade für die globale Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft aufzuweisen und interaktiv den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zu fördern. Forschungsgebiete sind die globale Nachhaltigkeitspolitik, innovative Technologien für die Energieversorgung der Zukunft, die nachhaltige Nutzung von Ressourcen wie Ozeane, Böden oder Rohstoffe sowie die Herausforderungen für unser Erdsystem durch Klimawandel und Luftverschmutzung.

IASS Study
Oktober 2016

Institute for Advanced Sustainability Studies Potsdam (IASS) e. V.

Kontakt Autoren:
manuel.rivera@iass-potsdam.de
claudia.saalbach@iass-potsdam.de

Adresse:
Berliner Straße 130
14467 Potsdam
Tel. 0049 331-288223-00
www.iass-potsdam.de

E-Mail:
media@iass-potsdam.de

Vorstand:
Prof. Dr. Mark G. Lawrence,
Geschäftsführender Wissenschaftlicher Direktor
Katja Carson, Administrative Direktorin
gemeinsam vertretungsberechtigt

Prof. Dr. Patrizia Nanz, Wissenschaftliche Direktorin
Prof. Dr. Ortwin Renn, Wissenschaftlicher Direktor

DOI: 10.2312/iass.2016.022

CC BY SA

GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium für Bildung und Forschung

FONA Forschung für nachhaltige Entwicklungen
BMBF

LAND BRANDENBURG
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur